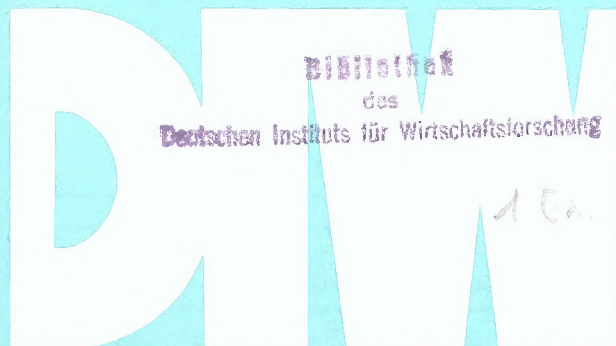




Zur Wirtschaftslage	
Überwindung der weltwirtschaftlichen Abschwächung in Sicht	145
Bundesrepublik Deutschland:	
Wirtschaftspolitik vor schwierigen Entscheidungen	152
Geldpolitik 1991: Erstmals auf ein gesamtdeutsches Geldmengenziel ausgerichtet	155
Deutschlands Handel mit China: Dynamik nur bei den Importen	160

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 13/91

Berlin

28. März 1991

58. Jahrgang

Zur Wirtschaftslage

Überwindung der weltwirtschaftlichen Abschwächung in Sicht

Mit dem Ende des Golfkrieges haben sich die Grundbedingungen für die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung merklich verbessert. Die kriegsbedingte Verunsicherung der Verbraucher und Investoren dürfte geschwunden sein. Sie hatte, ebenso wie die zunächst abrupt gestiegenen Ölpreise, die wirtschaftliche Entwicklung in vielen Ländern beeinträchtigt. Trotz der Kriegsschäden an den kuwaitischen Ölförderanlagen wird der Ölpreis — zumindest in den nächsten Monaten — eher sinken, da spekulative Ölläger nun abgebaut werden und eine stärkere Einschränkung des Ölangebots Saudi-Arabiens und anderer, nicht am Krieg beteiligter Ölländer vorerst kaum droht. Expansive Impulse auf die Weltwirtschaft gehen nach wie vor von dem rapiden Anstieg der deutschen Einfuhren aus.

Gleichwohl dürften diese Erholungskräfte nicht ausreichen, die weltwirtschaftliche Nachfrageschwäche grundlegend zu überwinden. Vielmehr bedürfte es dafür zusätzlicher wirtschaftspolitischer Anregungen. Die unterschiedliche konjunkturelle Entwicklung in der Weltwirtschaft — Japan und die Bundesrepublik mit noch hohen Wachstumsraten, die angelsächsischen Länder bereits in der Rezession — läßt indes eine koordinierte Aktion zur Anregung der Weltkonjunktur nicht erwarten. In Volkswirtschaften mit schwacher Konjunktur könnte die Geldpolitik durchaus expansiver gestaltet werden, ohne daß es zu Inflation oder zu starken Wechselkursänderungen käme: Trotz des vergrößerten Zinsgefälles zwischen Deutschland und den USA hat sich nach dem Golfkrieg der Dollarkurs deutlich erhöht. Noch größere Zinsdifferenzen könnten sich sogar als notwendig erweisen,

um die Wechselkurse zu stabilisieren. Das wäre auch im Sinne der Hochzinsländer, da sie so ohne weiteres Anziehen der Zinsschraube eine Abwertung verhindern könnten.

Da es jedoch ungewiß ist, ob sich auf etwas längere Sicht die Zinsdifferenzen als Determinante der Wechselkurse nicht doch noch durchsetzen und die Währungen der konjunkturell schwachen Länder unter Druck geraten, schwenken die Notenbanken in diesen Ländern nur sehr vorsichtig auf einen expansiven Kurs ein. Sie verzichten damit aus überzogener Furcht vor Währungsabwertung und Inflation auf eine stärkere Konjunkturanregung und behindern damit einen Prozeß, bei dem sich die konjunkturellen Unterschiede einebnen würden.

In den USA befindet sich die Wirtschaft seit dem vierten Quartal des vergangenen Jahres in einer leichten Rezession, von der mit Ausnahme des Exports, der durch den gegenwärtigen Dollarkurs begünstigt wird, alle Sozialproduktkomponenten erfaßt sind. Der Sozialproduktrückgang setzte sich nach den bisher verfügbaren Indikatoren im ersten Quartal dieses Jahres fort. Zur Rezession kam es, weil sich insbesondere die Verbraucher bei zunächst gestiegenen Ölpreisen in ihren Güterkäufen zurückhielten. Dies strahlte auch auf das Verhalten der Investoren aus. Besonders ausgeprägt war der Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen. Die Abnahme des privaten Verbrauchs und der Investitionen wurde bisher nicht durch eine verstärkte Zunahme des öffentlichen Verbrauchs ausgeglichen. Die Läger von militärischen Gütern, die im Golfkrieg eingesetzt wurden, sind bisher kaum wieder gefüllt worden.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts und der Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern

Länder	Gewichte ¹⁾ 1989 in vH		B S P real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Preise ³⁾		
	BSP	Ausfuhr der BRD	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
			1989	1990	1991	1989	1990	1991	1989	1990	1991
Westdeutschland	8,5		3,9	4,5	3,0	2,7	5,1	3,5	2,6	3,4	5,0
Frankreich	6,8	16,1	3,7	2,5	1,5	3,2	3,0	1,5	3,3	3,5	3,5
Italien	6,1	11,4	3,2	2,5	1,5	3,3	2,5	1,5	6,3	7,0	7,0
Großbritannien	5,9	11,3	2,2	1,0	−1,5	3,1	0,5	−2,0	6,8	8,0	7,0
Spanien	2,7	4,1	4,9	3,5	2,5	8,4	5,0	3,5	6,9	7,0	6,5
Niederlande	1,6	10,4	4,0	3,0	2,5	4,3	3,0	2,0	1,5	3,0	3,0
Belgien	1,1	8,8	4,6	3,5	2,5	6,1	4,0	3,0	3,8	3,5	4,0
Dänemark	0,7	2,3	1,2	1,0	1,0	0,3	0,0	0,5	4,3	3,5	3,5
Griechenland	0,4	1,2	2,8	1,0	1,0	5,6	2,5	1,0	14,0	21,0	19,0
Portugal	0,3	1,1	5,4	4,0	3,0	4,0	5,5	4,5	12,8	13,5	12,0
Irland	0,2	0,6	5,9	4,0	3,0	6,0	5,5	3,0	5,1	3,5	3,5
EG	34,3		3,5	2,8	1,5	3,6	3,2	1,6	4,7	5,4	5,6
EG ohne Westdeutschland	25,8		3,4	2,3	1,0	3,9	2,5	1,0	5,4	6,1	5,8
EG ohne Westdeutschland ⁴⁾		67,3	3,5	2,5	1,4	4,0	2,7	1,3	4,8	5,5	5,3
Schweiz	1,3	7,3	2,5	2,5	1,5	3,9	2,5	2,0	5,2	4,5	4,5
Schweden	1,3	3,5	2,1	1,0	0,0	3,4	2,0	0,0	7,4	10,5	9,0
Österreich	0,9	6,7	4,0	4,5	3,5	3,6	4,5	3,5	2,9	3,0	3,5
Finnland	0,8	1,5	5,2	2,0	0,5	7,1	1,5	0,0	6,7	6,5	6,0
Norwegen	0,7	1,0	1,2	1,8	2,5	−3,8	−1,0	1,5	6,4	4,7	3,5
Europäische Industrieländer	39,3		3,4	2,8	1,5	3,6	3,0	1,6	4,9	5,5	5,6
Europäische Industrieländer ohne Westdeutschland	30,8		3,3	2,3	1,1	3,8	2,4	1,1	5,5	6,1	5,7
Europäische Industrieländer ohne Westdeutschland ⁴⁾		87,2	3,4	2,6	1,5	3,9	2,7	1,5	4,8	5,4	5,2
USA	36,7	8,9	2,5	0,9	0,0	1,9	0,5	−1,0	4,1	4,1	4,0
Kanada	3,9	1,0	3,0	0,8	0,5	4,2	1,1	0,5	4,9	5,0	5,5
Japan	20,0	2,9	4,7	5,6	3,5	5,7	5,8	3,5	1,9	2,0	2,5
Außereuropäische Industrieländer	60,7		3,3	2,4	1,2	3,3	2,3	0,6	3,4	3,5	3,6
Außereuropäische Industrieländer ⁴⁾		12,8	3,0	2,0	0,8	2,9	1,8	0,1	3,7	3,7	3,8
Insgesamt	100,0		3,3	2,6	1,3	3,4	2,6	1,0	4,0	4,3	4,4
Insgesamt ohne Westdeutschland	91,5		3,3	2,4	1,2	3,5	2,3	0,7	4,1	4,4	4,3
Insgesamt ohne Westdeutschland ⁴⁾		100,0	3,4	2,5	1,4	3,8	2,6	1,3	4,7	5,2	5,0

1) Auf Dollarbasis. — 2) Verbrauch und Investitionen des Inlands. — 3) Deflationierungsfaktor des BSP. — 4) Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der westdeutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Waren und Dienstleistungen			Importe		
	1989	1990	1991	1989	1990	1991	1989	1990	1991	1989	1990	1991	1989	1990	1991
Westdeutschland	1,7	4,0	3,0	-0,9	2,9	3,5	7,1	8,7	6,0	11,5	9,7	8,0	8,8	12,0	10,5
Frankreich	3,1	2,5	2,5	1,5	2,0	2,0	5,9	3,5	2,5	10,9	5,0	5,0	8,3	6,0	5,5
Italien	3,8	3,0	2,0	0,5	2,0	1,0	5,1	3,0	1,5	10,1	6,5	5,0	9,6	6,5	5,0
Großbritannien	3,9	2,0	0,0	0,8	3,0	2,0	4,8	-3,0	-11,0	4,3	5,0	1,5	7,0	3,0	0,0
Spanien	5,5	3,5	2,5	5,5	4,0	3,0	13,6	9,0	4,5	4,4	5,0	6,0	17,5	10,0	7,5
Niederlande	2,5	3,5	2,5	0,0	0,5	0,5	3,9	4,0	3,0	5,5	5,5	5,0	6,0	5,5	4,0
Belgien	3,7	3,5	3,0	-0,8	0,5	0,5	14,8	7,0	3,5	11,0	6,0	5,5	12,5	6,5	6,0
Dänemark	-0,8	1,0	1,5	-1,3	0,0	0,5	0,2	-2,0	0,0	6,0	5,5	4,0	4,2	3,0	3,5
Griechenland	3,9	2,0	1,0	5,3	1,5	1,0	8,6	4,0	2,0	2,1	5,0	5,0	9,9	7,5	3,0
Portugal	3,1	4,5	3,0	2,0	2,5	2,5	7,5	9,5	7,0	16,5	12,0	8,0	10,5	12,5	9,0
Irland	5,2	3,5	3,5	-3,5	1,0	1,0	11,3	9,0	7,0	10,1	5,0	6,0	10,9	7,5	6,0
EG ¹⁾	3,2	3,0	2,0	0,6	2,4	2,1	6,7	4,2	1,2	9,1	6,8	5,5	9,1	7,3	5,8
EG ohne Westdeutschland ¹⁾	3,6	2,7	1,8	1,2	2,2	1,6	6,6	2,8	-0,3	8,1	5,6	4,5	9,2	5,8	4,2
Schweiz	2,1	2,5	1,5	2,4	3,0	2,0	6,0	4,0	2,0	4,8	5,5	4,5	5,5	5,0	5,0
Schweden	0,7	1,0	1,0	1,9	1,5	1,5	9,5	2,0	-4,0	3,4	1,0	2,0	6,8	3,0	1,5
Österreich	3,2	4,5	3,0	0,6	1,0	1,0	5,5	7,0	5,0	10,5	9,5	7,0	9,4	9,5	7,0
Finnland	3,9	1,5	1,0	2,7	3,0	2,5	12,5	1,0	-2,0	1,8	2,5	2,0	8,5	1,5	0,0
Norwegen	-1,9	3,1	2,0	2,5	1,9	1,5	-4,8	-16,0	7,0	10,3	7,2	5,5	0,9	3,0	5,0
Europäische Industrieländer ¹⁾	3,0	2,9	2,0	0,8	2,3	2,1	6,6	3,7	1,2	8,7	6,5	5,3	8,7	7,0	5,5
Europ. Industrieländer ohne Westdeutschland ¹⁾	3,4	2,6	1,7	1,3	2,2	1,6	6,5	2,4	-0,1	7,7	5,5	4,4	8,6	5,6	4,2
USA	1,9	1,0	0,0	2,1	3,1	1,5	1,8	-0,2	-1,5	11,0	6,2	7,0	6,0	3,1	1,5
Kanada	3,8	1,5	0,5	2,6	1,0	1,0	4,5	-3,0	-4,0	0,7	1,0	2,5	5,1	2,0	1,5
Japan	4,4	4,0	3,5	2,1	1,5	1,5	8,9	11,0	5,5	15,0	10,5	2,5	22,1	11,5	3,5
Außereuropäische Industrieländer ¹⁾	2,8	1,9	1,1	2,1	2,6	1,5	5,4	5,1	1,8	11,2	7,1	4,9	10,8	5,5	2,1
Insgesamt ¹⁾	2,9	2,3	1,4	1,6	2,5	1,7	5,9	4,5	1,5	9,7	6,8	5,1	9,6	6,4	4,1
Insgesamt ohne Westdeutschland ¹⁾	3,0	2,2	1,3	1,8	2,4	1,5	5,8	4,2	1,1	9,4	6,3	4,7	9,7	5,6	3,2

¹⁾ Gewichte 1989 auf Dollarbasis.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

Für die baldige Überwindung der Rezession sprechen mehrere Gründe. Einmal lockert der Federal Reserve Board den monetären Kurs weiter. Das erwartete Sinken der Ölpreise wird zum anderen einen positiven Realeinkommenseffekt haben. Die kriegsbedingte Verunsicherung von Verbrauchern und Investoren ist vorüber. Die Zahl der Baubeginne ist bereits wieder gestiegen. Der Anstieg der Staatsausgaben wird die ursprünglichen Planungen übertreffen, da die im Golfkrieg vernichteten militärischen Güter wenigstens zum Teil ersetzt werden

sollen. Zudem wird die Steigerung des amerikanischen Exports, zu der nicht nur die nach wie vor wechsellkursbedingt starke Wettbewerbsposition beiträgt, sondern auch der Wiederaufbau Kuwaits, sich fortsetzen. Da der größte Teil des zusätzlichen Staatsverbrauchs durch die Verbündeten der USA finanziert wird, ist nicht mit einem weiteren Steigen des staatlichen Haushaltsdefizits zu rechnen. Gleichzeitig wird sich mit den zunehmenden Transferzahlungen an die USA das amerikanische Leistungsbilanzdefizit stärker vermindern, als bisher für dieses Jahr erwartet

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾					
	Unternehmertätigkeit und Vermögen			unselbständiger Arbeit						in Landeswährung					
	1989	1990	1991	1989	1990	1991	1989	1990	1991	1989	1990	1991	1989	1990	
Westdeutschland	9,1	9,1	7,5	4,5	7,4	7,5	5,1	4,4	4,5	0,6	2,8	4,5	-1,5	12,9	
Frankreich	8,9	8,0	5,0	6,4	5,5	5,0	5,0	5,0	3,5	2,6	3,0	3,5	0,4	13,9	
Italien	8,7	8,0	7,0	9,7	11,0	10,0	5,4	5,5	5,0	6,3	8,5	8,5	5,8	17,3	
Großbritannien	7,2	-0,5	-1,0	11,1	12,0	7,5	4,9	-1,5	0,5	8,8	11,0	9,0	5,0	13,4	
Spanien	11,5	15,0	12,0	12,1	7,5	7,0	6,4	11,0	9,0	6,9	4,0	4,5	10,3	14,0	
Niederlande	10,7	14,0	11,5	2,4	2,0	2,0	6,4	10,5	9,0	-1,6	-1,0	-0,5	-3,9	8,9	
Belgien	14,6	11,0	9,5	5,3	5,0	5,0	9,5	7,0	6,5	0,6	1,5	2,5	-1,6	13,0	
Dänemark	16,6	4,5	4,5	2,7	4,5	4,5	15,3	3,5	3,5	1,6	3,5	3,5	-1,9	15,4	
Griechenland	19,3	24,5	21,5	20,7	20,0	19,0	16,0	23,0	20,0	17,3	19,0	18,0	7,4	15,1	
Portugal	24,3	20,5	16,0	16,6	16,0	15,0	17,9	16,0	12,5	10,6	11,5	11,5	6,1	16,3	
Irland	10,8	12,0	9,5	6,6	5,0	5,0	4,6	7,5	6,0	0,6	1,0	2,0	-1,9	11,1	
EG ³⁾	9,7	8,7	6,9	7,6	8,2	7,1	6,1	5,2	4,8	3,0	4,4	4,9	0,9	13,4	
EG ohne Westdeutschland ³⁾	9,9	8,6	6,7	8,7	8,5	7,0	6,5	5,5	5,0	4,0	5,1	5,0	2,0	13,7	
Schweiz	8,9	9,5	6,0	6,8	6,0	6,0	6,2	6,5	4,5	4,2	3,5	4,5	-2,3	15,1	
Schweden	3,8	17,0	5,5	11,1	10,0	10,0	1,7	16,0	5,5	8,8	9,0	10,0	8,5	12,1	
Österreich	8,5	11,0	8,5	6,6	6,0	6,5	4,3	6,5	5,0	2,5	1,5	3,0	0,3	11,5	
Finnland	12,6	10,0	13,5	11,8	8,0	4,0	7,1	8,0	13,0	6,3	6,0	3,5	8,6	12,3	
Norwegen	26,7	11,0	9,0	5,0	5,0	5,0	25,2	9,0	6,5	3,7	3,0	2,5	2,7	7,2	
Europäische Industrieländer ³⁾	9,8	9,0	7,0	7,7	8,1	7,1	6,3	5,8	5,0	3,3	4,5	4,9	1,3	13,2	
Europ. Industrieländer ohne Westdeutschland ³⁾	10,0	9,0	6,9	8,7	8,3	6,9	6,7	6,3	5,2	4,3	5,0	5,1	2,2	13,4	
USA	6,0	0,5	1,0	6,0	6,0	5,0	3,4	-0,5	1,0	3,4	5,0	5,0	8,4	-0,9	
Kanada	4,5	0,5	3,5	9,1	7,5	7,0	1,5	-0,5	3,0	5,9	6,5	6,5	15,4	2,0	
Japan	3,8	8,5	5,0	7,3	6,5	6,5	-0,9	3,0	1,0	2,4	1,0	3,0	-0,3	-9,2	
Außereuropäische Industrieländer ³⁾	5,1	3,3	2,6	6,6	6,2	5,6	1,5	0,8	1,3	3,4	3,8	4,5	6,4	-3,4	
Insgesamt ³⁾	7,1	5,7	4,5	7,0	6,9	6,1	4,6	4,0	3,7	3,4	4,2	4,8	3,1	7,2	
Insgesamt ohne Westdeutschland ³⁾	6,9	5,4	4,2	7,2	6,9	6,0	4,5	3,9	3,5	3,9	4,5	4,8	4,0	6,0	

1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.— 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts. — 3) Gewichtet mit 1989 Anteilen. Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung des SZR zugrundeliegen.

Quellen: OECD, Economic Outlook. SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

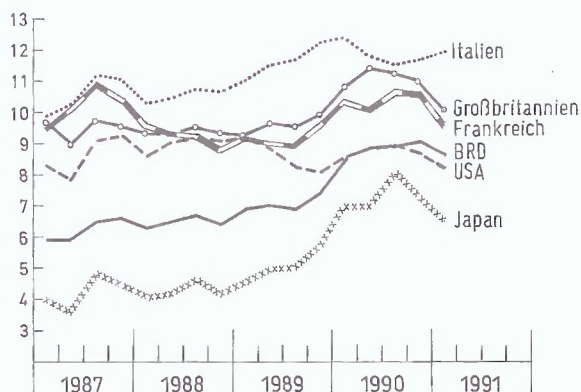
wurde. All dies spricht dafür, daß Nachfrage und Produktion etwa zur Jahresmitte wieder zu steigen beginnen. Zu einer kräftigen Belebung wird es allerdings bei der nur vorsichtigen geldpolitischen Lockerung zunächst nicht kommen, und die Arbeitslosigkeit wird sich noch das ganze Jahr 1991 hindurch erhöhen.

In Westeuropa hat sich die konjunkturelle Entwicklung erheblich abgeschwächt. Die Entwicklung wurde durch

die restriktive Geldpolitik, die konjunkturelle Abschwächung in den außereuropäischen Ländern und die wechselkursbedingte Verschlechterung der Wettbewerbsposition beeinträchtigt. Bei schwächerem Wirtschaftswachstum blieben die Arbeitslosenzahlen hoch.

Obwohl sich nach dem Ende des Golfkrieges das weltwirtschaftliche Klima verbessert hat und obwohl von der deutschen Wirtschaft eine Lokomotivfunktion ausgeht, ist

ENTWICKLUNG DER LANGFRISTIGEN ZINSSÄTZE ¹⁾



¹⁾ Von 10-jährigen Staatspapieren.

Quelle: OECD, Main Economic Indicators.

DIW91

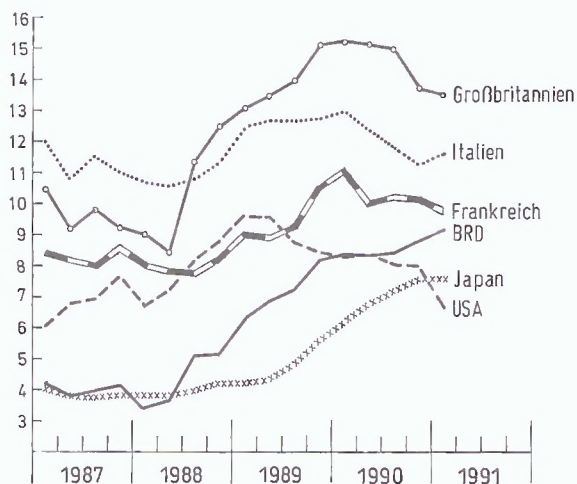
in Westeuropa nicht mit einer stärkeren konjunkturellen Belebung zu rechnen. Denn die hohen Zinsen wirken noch nach, und es ist aus den angeführten Gründen keine durchgreifende Lockerung der Geldpolitik zu erwarten. Von der Finanzpolitik werden nur vereinzelt Impulse ausgehen. Von Land zu Land ist der Konjunkturverlauf indes sehr unterschiedlich. In Westdeutschland und einigen von der deutschen Entwicklung stark abhängigen kleineren Ländern expandiert die Wirtschaft zwar in vermindertem Tempo, aber immer noch recht kräftig. In Frankreich, Italien, Spanien und Schweden dagegen ist die wirtschaftliche Expansion schwach. Großbritannien befindet sich sogar in einer Rezession.

In Frankreich ging — nach einer noch günstigen wirtschaftlichen Entwicklung im dritten Quartal des letzten Jahres — das Sozialprodukt im letzten Vierteljahr leicht zurück. Dies überzeichnet jedoch die zugrunde liegenden konjunkturellen Tendenzen, auch wenn die Umfragen eine Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Stimmung bei ungünstigerer Absatz- und Ertragslage zeigen. Zu deutlichen Produktionsrückgängen kam es vor allem in der Kraftfahrzeugindustrie und im Baubereich. Die Nachfrage nach den Produkten anderer Bereiche, wie einzelner Verbrauchsgüterindustrien, war dagegen noch lebhaft. Insgesamt hat die seit längerem restriktive Geldpolitik Wirkung gezeigt. Nachdem sich nun die Konjunktur deutlich abgeschwächt hat, wäre eine Lockerung der Geldpolitik geboten, auch wenn sich nach dem Kriegsende am Golf die Stimmung bei Unternehmen und Verbrauchern wieder verbessert, der Export nach Deutschland weiter floriert und die Aussichten für eine weltwirtschaftliche Belebung günstiger geworden sind. Da man in Frankreich ein Realignement des französischen Franc auf jeden Fall vermeiden will, wird nur ein geringer Spielraum für eine Lockerung der Geldpolitik gesehen.

Die französische Notenbank orientiert sich weiterhin am Vorgehen der Deutschen Bundesbank. Da von dort mit keinem deutlichen Zinssenkungssignal gerechnet werden kann, ist es für den Konjunkturverlauf um so wichtiger, daß die Finanzpolitik aktiv wird. Zu erwarten sind aber lediglich geringe Abgabentlastungen der Unternehmen und eine gewisse Ausweitung der öffentlichen Investitionen. Dies wird dafür sorgen, daß die Wirtschaft im weiteren Verlauf des Jahres mit geringem Tempo expandiert. Der in den letzten Jahren positive Trend am Arbeitsmarkt wird sich damit nicht fortsetzen.

Italien, das in den achtziger Jahren zu den europäischen Ländern mit besonders hohem Wachstum zählte, trat 1990 in eine Phase wieder mäßigerer Wirtschaftsexpansion ein. Noch immer gibt es erhebliche strukturelle Schwächen. Trotz vielfacher politischer Anläufe gelang es nicht, die öffentlichen Defizite unter 10 vH des Bruttosozialprodukts zu drücken. Auch die Inflationsbekämpfung geriet ins Stocken. Während in den achtziger Jahren mit der Entschärfung der Scala mobile — der damals stark inflationsfördernden Indexierung der Löhne — ein großer Erfolg erreicht worden war, haben die Lohnabschlüsse um 10 vH das Investitionsklima offenbar getrübt. Aber auch die hohen Zinsen und die schwächere Auslandsnachfrage dürften dazu beigetragen haben. Da die meisten Lohnabschlüsse für zwei bis drei Jahre geschlossen wurden, sind die Aussichten schlechter geworden, in den nächsten Jahren die Lohn- und Preisentwicklung derjenigen in den wichtigsten Konkurrenzländern anzupassen. Die stärkere Erhöhung der Lohnstückkosten wird die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft beeinträchtigen. In dieser Situation ist eine Abwertung der Lira im

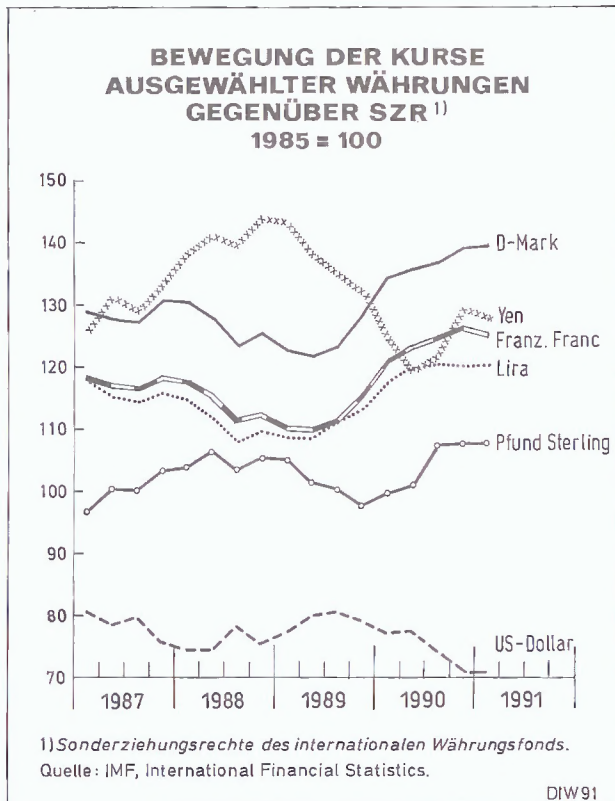
ENTWICKLUNG DER KURZFRISTIGEN ZINSSÄTZE ¹⁾



¹⁾ Von 3 Monats-Schatzwechselln.

Quelle: OECD, Main Economic Indicators.

DIW91



Rahmen eines Realignments auf längere Sicht kaum zu umgehen. Der Spielraum für die Geld- wie für die Finanzpolitik wird in jedem Fall eng bleiben.

Nach dem Ende des Golfkrieges dürften sich aber auch für Italien, das sehr von Energieeinfuhren abhängig ist, mit dem sinkenden Ölpreis und bei einer sich erholenden Weltkonjunktur die Perspektiven etwas verbessern. Insgesamt wird die wirtschaftliche Expansion im Laufe dieses Jahres geringer sein als im Vorjahr, und die Lage am Arbeitsmarkt wird sich verschlechtern.

Großbritannien befindet sich gegenwärtig in einer Stabilisierungskrise. Mit dem Beitritt zum Europäischen Währungssystem wurden in Großbritannien neue Rahmendaten gesetzt. Es wurde ein relativ hoher Pfundkurs festgelegt, um die Inflation auch mit einem billigen Auslandsangebot bekämpfen zu können. Dabei wird in Kauf genommen, daß die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft stark beeinträchtigt wird. Dies und die straffe Geldpolitik der Bank von England, mit der das Zinsniveau in Großbritannien zur Bekämpfung des immer noch starken Preisauftriebs hoch gehalten wird, haben dazu geführt, daß die Nachfrage der Konsumenten und Investoren sowie die Produktion bereits seit dem dritten Quartal des vergangenen Jahres zurückgehen.

Die Überwindung der Rezession stößt in Großbritannien auf größere Schwierigkeiten als in den USA, wo die

anhaltende Exportsteigerung eine wichtige expansive Kraft darstellt. In Großbritannien kommt alles darauf an, die kräftigen, bisher nur leicht verlangsamten Lohnsatzsteigerungen erheblich zu vermindern und den Produktivitätsfortschritt zu verstärken, um durch eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit die außenwirtschaftlichen Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung zu schaffen. Bisher ist es noch sehr zweifelhaft, ob dies rasch gelingen wird. Es ist deshalb kaum damit zu rechnen, daß die Rezession in Großbritannien ebenso schnell überwunden werden kann wie in den USA, obwohl auch die britische Wirtschaft durch die Steigerung der Staatsausgaben einen gewissen Impuls erhält. Das jüngste Budget sieht keine zusätzlichen konjunkturanregenden finanzpolitischen Maßnahmen vor. Der wirtschaftliche Rückgang wird auch deswegen in Großbritannien stärker sein als in den USA. Besonders stark werden hiervon die Investitionen betroffen.

In Japan hat sich die wirtschaftliche Expansion ebenfalls verlangsamt. Einmal stand die Auslandsnachfrage im Zeichen schwacher Weltkonjunktur. Aber auch die restriktive Geld- und Finanzpolitik zeigte Wirkung. So dürfte vor allem die Investitionstätigkeit — lange Zeit Motor des kräftigen Aufschwunges — an Kraft verloren haben. Auch die Auftragseingänge gingen im letzten Quartal 1990 bei Ausrüstungen leicht, bei Bauten sogar deutlich zurück, und Umfragen vom Februar dieses Jahres weisen auf eine sehr verhaltene Investitionsneigung hin. Allerdings dürfte im Februar die Unsicherheit über die Dauer des Golfkrieges die Erwartungen noch negativ beeinflusst haben. Nach dem Ende des Golfkrieges wird die Ankündigung der Regierung, den Finanzierungsbeitrag Japans zum Golfkrieg über Ausgabenkürzungen und über Erhöhungen von Unternehmensteuern und der Mineralölsteuer zu refinanzieren, weniger negativ wirken, da die Kostenbeteiligung Japans — zugesagt sind 9 Mrd. Dollar — dem Umfange nach überschaubar, und ihr Entzugseffekt gering ist.

Die Aussichten für die Außenwirtschaft haben sich bei wieder günstigerem weltwirtschaftlichen Klima gegenüber Anfang des Jahres verbessert, zumal sich auch der Dollarkurs wieder gefestigt hat. Im Inland dürften vorerst die dämpfenden Wirkungen überwiegen; denn die Notenbank wird wohl die Politik teuren Geldes zunächst fortsetzen. Die Verbraucherpreise sind zuletzt beschleunigt gestiegen, ihr Niveau liegt um rund 4 vH über dem des Vorjahres — eine für japanische Verhältnisse beträchtliche Inflationsrate. Preisberuhigend wird allerdings die zu erwartende Verbilligung des Öls wirken. Eine merkliche Lockerung der Geldpolitik ist aber eher für die zweite Jahreshälfte wahrscheinlich.

Die öffentlichen Haushalte werden wie im Vorjahr verhalten expandieren. Sie werden damit und auch wegen der beschlossenen Steuererhöhungen allenfalls konjunkturneutral sein. Für die Verbrauchsausgaben des Zentralhaushalts ist eine Steigerungsrate von nominal gut 5 vH

veranschlagt, die öffentlichen Investitionen dürften etwas stärker ausgeweitet werden.

Der private Verbrauch wird in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr etwas schwächer zunehmen. Zwar werden die Arbeitnehmereinkommen wohl in ähnlichem Tempo

wie 1990 steigen, bei höherem Anstieg der Verbraucherpreise nimmt indes die Kaufkraft langsamer zu. Nach der sehr kräftigen Expansion der japanischen Wirtschaft in den letzten Jahren ist für 1991 mit einem deutlich niedrigeren Wachstum zu rechnen. Im internationalen Vergleich ist es jedoch immer noch relativ hoch.

Bundesrepublik Deutschland: Wirtschaftspolitik vor schwierigen Entscheidungen

Die vom DIW zur Jahreswende 1990/91 erstellte Prognose war gekennzeichnet von großer Unsicherheit bezüglich der Auswirkungen der Golfkrise auf die Weltkonjunktur und der politischen Entscheidungen zur Finanzierung der dem Staat zufallenden Aufgaben im Gefolge der deutschen Vereinigung¹. In beiden Bereichen läßt sich aus heutiger Sicht viel besser erkennen, welches die Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft sein werden. Hinzu kommt, daß erste Weichen für die Tarifabschlüsse mit der Einigung im öffentlichen Dienst gestellt sind. Nimmt man alles zusammen, gibt es wenig Anlaß, die relativ optimistische Prognose vom Jahresanfang grundlegend zu revidieren.

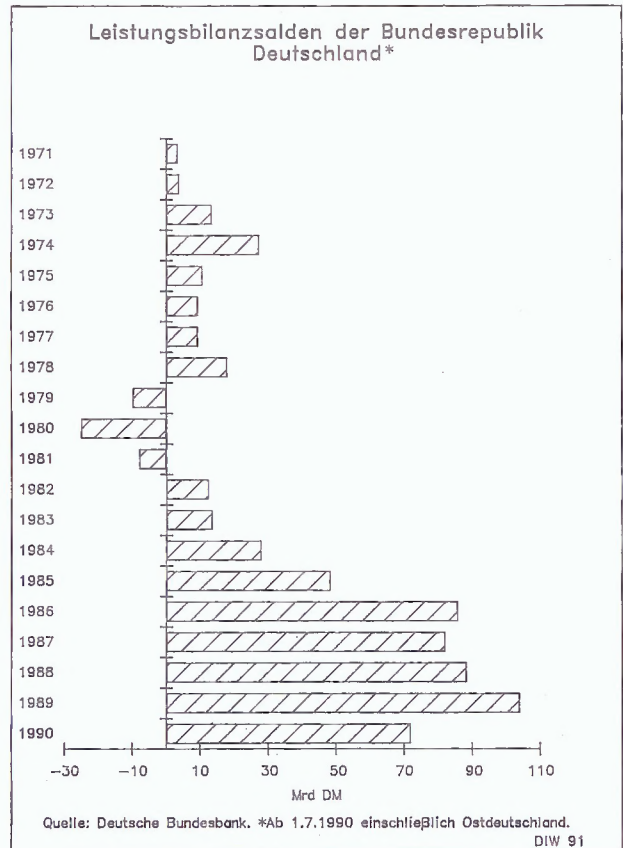
Die wirtschaftliche Lage in Westdeutschland²

Das wirtschaftliche Umfeld Westdeutschlands hat sich allerdings zunächst weiter verdüstert. Die Abschwächung der Weltkonjunktur ist ausgeprägter als erwartet. Dem stehen aber zuletzt positive Effekte aufgrund der raschen Beendigung des Golfkrieges und der damit zu erwartenden Stabilisierung des Ölpreises sowie der Zunahme der Nachfrage aus der Golfregion gegenüber. Wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Berichts dargelegt, gibt es zudem eine Reihe von Gründen, die eine Stabilisierungskrise wie Mitte und Ende der siebziger Jahre nicht erwarten lassen.

Für 1991 ist in Westdeutschland gleichwohl nicht mit einer Belebung des „eigentlichen“ Exportgeschäfts zu rechnen. Die Lieferungen der westdeutschen Unternehmen ins Ausland werden bestenfalls stagnieren. Die Nachfrage aus Ostdeutschland wird aber nochmals steigen. Zwar wird im ersten und im zweiten Halbjahr dieses Jahres deren Impuls nicht wesentlich größer sein als im zweiten Halbjahr 1990; aufs ganze Jahr 1991 gesehen dürften aber aus Ostdeutschland Waren und Dienste im Gesamtwert von mehr als 100 Mrd. DM in Westdeutschland nachgefragt werden. Im vergangenen Jahr waren es wegen des relativ niedrigen Niveaus vor der Währungsunion lediglich etwa 70 Mrd. DM.

Obwohl die Importe weiter kräftig steigen, wird der reale Außenbeitrag Westdeutschlands, in dem die Lieferungen nach Ostdeutschland als „Exporte“ zählen, in diesem Jahr nur wenig niedriger als 1989 und 1990 sein. Das heißt, der von „außen“ kommende Nachfrageimpuls bleibt trotz der Abschwächung der Weltkonjunktur nahezu erhalten. Aus diesem Grunde ist die westdeutsche Wirtschaft derzeit so wenig anfällig für die Schwäche der Weltkonjunktur und das hohe Zinsniveau.

Die Renditeerwartungen der westdeutschen Unternehmen werden angesichts dieser Nachfrageperspek-



tiven trotz etwas höherer Lohnabschlüsse durchweg über dem Zinsniveau liegen, so daß die Investitionsneigung hoch bleibt. Nach einem Zuwachs der realen Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen von 13 vH im vergangenen Jahr werden in diesem Jahr noch etwa 10 vH erreicht. Weit stärkere Auswirkungen hat das hohe Zinsniveau allerdings auf die Bautätigkeit. Insbesondere im Eigenheimbau, wo vor allem der Vergleich der Einkommensperspektiven mit dem Zinsniveau die Investitionsentscheidung bestimmt, ist ein Rückgang der Nachfrage wohl nicht zu vermeiden. Besser sieht es angesichts steigender Mieten im gewerblichen Wohnungsbau aus. Bei den gewerblichen Bauinvestitionen insgesamt ist nochmals ein deutlicher Zuwachs zu erwarten. Angesichts der

¹ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1991. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/1991.

² In diesem Bericht wird nur die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland analysiert. Zu Ostdeutschland vgl.: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. — Erster Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, und Institut für Weltwirtschaft, Kiel. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 12/1991.

Zurückhaltung öffentlichen Auftraggeber wird die gesamte Bauproduktion jedoch nur noch halb so stark steigen wie in den beiden Vorjahren.

Merklich schwächer als 1990 entwickelt sich in diesem Jahr der private Verbrauch. Aufgrund der beschlossenen Steuer- und Abgabeerhöhungen werden trotz etwas höherer Lohnabschlüsse als im Vorjahr die Nettoarbeitseinkommen weit weniger stark expandieren. Dies wird in seiner Wirkung auf die Nachfrage der privaten Haushalte sicherlich nur zu einem Teil durch die Normalisierung der Sparquote ausgeglichen — diese war im vergangenen Jahr nach der damaligen Steuerentlastung besonders stark gestiegen.

Nimmt man alles zusammen, wird sich das reale Bruttoinlandsprodukt 1991 um 3 vH erhöhen. Das Bruttoinlandsprodukt, das die konjunkturelle Dynamik besser abbildet, weil es die gesamten im Inland erwirtschafteten Einkommen enthält, wird sogar noch etwas rascher steigen. Die Beschäftigung wird dabei weiter kräftig expandieren, weil bei hoch ausgelasteten Kapazitäten mehr und mehr Arbeitskräfte nachgefragt werden, um Investitionsgüter zu produzieren. Die Arbeitslosigkeit im Westen wird aber weniger abnehmen als zuvor, weil das Arbeitsangebot durch Pendler und Zuwanderer aus Ostdeutschland stark vergrößert wird.

Zur Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren

Es mag auf den ersten Blick überraschen, daß die von der Bundesregierung beschlossenen Steuer- und Abgabeerhöhungen nicht zu einer deutlicheren konjunkturellen Abschwächung führen, also weiterhin ein Prognosemuster gilt, das auch ohne diese Abgabeerhöhungen für wahrscheinlich gehalten wurde. Maßgeblich für diese Einschätzung ist, daß der Impuls aus Ostdeutschland noch größer sein wird, als dies an dieser Stelle zur Jahreswende vermutet wurde. Um Einkommen und heimische Produktion in Ostdeutschland zu stabilisieren, muß die Bundesregierung mehr Mittel aufwenden als zu Anfang des Jahres vorhergesehen. Ein Großteil dieser Mittel fließt über Konsumausgaben der privaten Haushalte wieder in den Westen zurück und regt hier die Wirtschaft an. Trotz der Abgabeerhöhungen mit einem Volumen von 37 Mrd. DM im Jahre 1991 wird das staatliche Defizit nur geringfügig kleiner sein als zu Beginn des Jahres vorhergesagt. Das bedeutet, daß die vom Staat einbehaltenen Mittel fast vollständig wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen. Ein restriktiver Effekt der Maßnahmen ist gesamtwirtschaftlich kaum spürbar.

Die kräftigen staatlichen Impulse, die — via Ostdeutschland — der westdeutschen Wirtschaft zugute kommen, haben vielfach die Befürchtung geweckt, es könne bei der gegebenen hohen Kapazitätsauslastung zu einer inflationären Entwicklung im Gefolge konjunktureller Preissteigerungen kommen. Das ist nicht der Fall.

Schon seit mehreren Jahren werden regelmäßig höhere Inflationsraten als Folge von Angebotsengpässen am Gütermarkt vorhergesagt, ohne daß dies bis heute — berücksichtigt man Sonderentwicklungen aufgrund von Steuererhöhungen und Importverteuerungen — wirklich eingetroffen wäre. Die Vertreter der These, daß hohe Kapazitätsauslastung inflationäre Gefahren mit sich bringt, übersehen, daß einer offenen Volkswirtschaft wie der Bundesrepublik Deutschland die Kapazitäten des Weltmarktes in Form von Importen zur Verfügung stehen, um Angebotsengpässe rasch zu überwinden. Die Angebotselastizität in einem voll in den Weltgütermarkt integrierten Land ist nahezu unendlich. Der Wettbewerb auf dem offenen Markt verhindert damit, daß die Preise weit über die Kostenentwicklung hinaus angehoben werden können. Gefahren für die Preisstabilität ergeben sich dann nur im Gefolge starker Abwertungen.

Aber auch die bedeutendere heimische Variante der Inflationsbeschleunigung, nämlich die über Kostensteigerungen in Form von den Produktivitätszuwachs weit übersteigenden Lohnerhöhungen, droht in der Bundesrepublik nicht. Zwar funktioniert der Wettbewerb am Arbeitsmarkt nicht in gleicher Weise wie am Gütermarkt, doch für die Durchsetzung dauerhaft höherer Lohnsteigerungen wären — wie die Erfahrung zeigt — ebenfalls Angebotsengpässe die Voraussetzung. In einem Land, in dem am Ende dieses Jahres etwa fünf Millionen Menschen arbeitslos oder nur zu einem geringen Teil der üblichen Arbeitszeit beschäftigt sein werden, ist diese Gefahr nicht sehr groß. Zwar steigen 1991 die Tariflöhne und -gehälter stärker als in den Vorjahren, angesichts der zu erwartenden Arbeitsmarktsituation spricht aber nichts dafür, daß man höhere Lohnsteigerungen auch in die folgenden Jahre hinein fortschreiben könnte. Ohne Lohnkosteninflation gibt es aber keine dauerhafte Inflationsbeschleunigung.

Das entscheidende Problem für die Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren wird nicht Inflation sein, sondern die Frage, inwieweit die Bundesrepublik bereit ist, auf das Güterangebot des Weltmarktes tatsächlich zurückzugreifen und damit ihre außenwirtschaftliche Position, die von hohen Überschüssen der Leistungsbilanz gekennzeichnet war, der neuen wirtschaftlichen Konstellation anzupassen. Im Klartext: Die Bundesrepublik muß bereit sein, vorübergehend „über ihre Verhältnisse zu leben“, um die Entkoppelung von Produktion und Einkommen in Ostdeutschland durchzustehen und eine rezessive Entwicklung zu vermeiden.

Schon in den vergangenen Monaten deutete sich an, daß der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik drastisch sinkt. Bei der hier skizzierten Wirtschaftsentwicklung in der Welt und in Westdeutschland kann es schon 1991 im Jahresverlauf zu einem leichten Defizit kommen. Spätestens 1992 ist selbst bei einer Belebung der Weltkonjunktur ein Defizit kaum zu vermeiden. Entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung im Westen

und im Osten Deutschlands wird es sein, wie die Wirtschaftspolitik darauf reagiert.

Das Entstehen eines solchen Leistungsbilanzdefizits ist einmal — ganz lehrbuchhaft — Folge des zunehmenden Wachstumsgefälles zwischen Westdeutschland und den übrigen Industrieländern, zum anderen aber auch Folge der fundamentalen Wettbewerbsschwäche der ostdeutschen Wirtschaft. Letztere — das ist unbestritten — kann nur durch die Zufuhr von Kapital und die damit verbundene Schaffung von modernen Arbeitsplätzen, also durch ein Leistungsbilanzdefizit überwunden werden. Der Rückgang des westdeutschen Leistungsbilanzüberschusses ist lediglich die Folge der Wachstumsdifferenz zwischen Westdeutschland und den Partnerländern. Bei der Schwäche der Weltkonjunktur kann Deutschland insgesamt ein Leistungsbilanzdefizit vermutlich nur um den Preis einer Rezession vermeiden. Restriktive Geldpolitik oder ein rascher Abbau der staatlichen Defizite würden die inländische Absorption so weit zurückdrängen, daß die Importe nur noch im gleichen Tempo wie die Exporte steigen.

Schließt man das aus, braucht die Bundesrepublik Deutschland bei der gegebenen Konstellation der Weltkonjunktur ein Leistungsbilanzdefizit, um — ohne Gefährdung der Geldwertstabilität und des Aufbauprozesses in Ostdeutschland — den gegenwärtigen Nachfrageüberschuß am Gütermarkt anzugleichen. Ohne Güter und Kapital des Weltmarktes wäre die Stabilisierung von Nachfrage und Einkommen in beiden Regionen Deutschlands

nicht stabilitätskonform zu verwirklichen.

Es wäre fatal, wenn die Wirtschaftspolitik ähnlich kopflos auf das Entstehen des Leistungsbilanzdefizits reagieren würde wie 1980/81. Eine restriktive Geldpolitik ist kein geeignetes Mittel, um den „Absorptionsüberschuß“ zu beseitigen. Ebenso wenig ist ein Leistungsbilanzdefizit ein Indikator für den Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit in Westdeutschland. Schon jetzt ist absehbar, daß in der öffentlichen Auseinandersetzung die Debatte um eine „fundamentale Wettbewerbsschwäche“, um „technologischen Rückstand“, um „zu hohe steuerliche Belastung“ und um das „über seine Verhältnisse leben“ wieder beginnt. Nichts davon ist angemessen, um die Wettbewerbssituation in Westdeutschland zu charakterisieren. Daß Ostdeutschland eine tiefgreifende Strukturkrise durchmacht, ist keine neue Erkenntnis. Eine Lösung dort impliziert bei der gegebenen Lohnentwicklung auf sehr lange Zeit ein — regionales — Leistungsbilanzdefizit.

In Westdeutschland dagegen, das in den vergangenen Jahren in einem vorher unvorstellbar großen Ausmaß „unter seinen Verhältnissen“ gelebt hat, wäre auch ohne sonstige politische Veränderungen eine Umkehr des Kapitalverkehrs- und Gütersaldos normal. Bei Würdigung der revolutionären politischen und wirtschaftlichen Strukturbrüche ist die Nettozufuhr von Kapital praktisch unumgänglich. Eine Rezession in Westdeutschland und ein noch tieferer Einbruch in Ostdeutschland wären ein hoher Preis für eine Fehlreaktion der Wirtschaftspolitik.

Geldpolitik 1991: Erstmals auf ein gesamtdeutsches Geldmengenziel ausgerichtet

Mitte Dezember 1990 kündigte die Deutsche Bundesbank für 1991 ein gesamtdeutsches Geldmengenziel an: „Die Deutsche Bundesbank wird ihre Geldpolitik im Jahre 1991 so führen, daß die sich gegenwärtig abzeichnenden Gefährdungen der Preisstabilität eng begrenzt werden und gleichzeitig die monetären Voraussetzungen für ein stetiges Wirtschaftswachstum erhalten bleiben. Hierzu hält sie es für angemessen, daß sich die Geldmenge M3 im gesamten Währungsgebiet der Deutschen Mark vom vierten Quartal 1990 bis zum vierten Quartal 1991 um 4 % bis 6 % ausweitet.“ Mit der Wahl dieses, gegenüber 1990 unveränderten, Zielkorridors hat die Bundesbank signalisiert, daß sie die bisherige Grundrichtung — eine straffe Geldpolitik — beibehalten wolle.

Seit dieser Entscheidung sind drei Monate vergangen. Trotzdem ist die Diskussion über dieses Ziel nicht müßig. Denn der Zielkorridor gibt genügend Raum sowohl für eine moderate als auch für eine schärfere Gangart der Geldpolitik im Verlaufe des Jahres. Manches deutet darauf hin, daß die Bundesbank einen schärferen Kurs bevorzugt. So erhöhte sie Anfang Februar den Diskont- und den Lombardsatz um je einen halben Prozentpunkt. Diese Leitzinserhöhung sei — so die Bundesbank — deshalb notwendig gewesen, weil sich der Geldmarkt in letzter Zeit so angespannt habe, daß der nur zur Spitzenfinanzierung vorgesehene Lombardkredit mehr und mehr zur relativ billigen Dauerfinanzierung benutzt worden sei. Diese Begründung ist formal korrekt. Sie verdeckt aber nicht die Tatsache, daß die Marktbedingungen, denen die Leitzinsen angepaßt wurden, von der Bundesbank selber — mit einer relativ knappen Liquiditätszuteilung im Rahmen der Offenmarktgeschäfte — verschlechtert worden sind. Die Leitzinserhöhung ist deshalb von der Öffentlichkeit zu Recht als eine gewollte Verschärfung der Geldpolitik interpretiert worden.

Für eine Verschärfung des geldpolitischen Kurses werden vor allem zwei Argumente ins Feld geführt:

- Am Ende vorigen Jahres habe ein hoher Geldüberhang bestanden, der im Laufe dieses Jahres abgebaut werden müsse.
- Die Bundesbank müsse ihre geldpolitischen Zügel anziehen, um den Konsequenzen preiswirksamer Steuererhöhungen, überhöhter Lohnabschlüsse und überhöhter Staatsdefizite zu begegnen.

Diese Argumente klingen recht plausibel. Doch halten sie auch einer näheren Prüfung stand?

Gibt es einen stabilitätsgefährdenden Geldüberhang?

Die Forderung nach einer schärferen Geldpolitik wird unter anderem mit der Notwendigkeit begründet, einen stabilitätswidrig hohen Geldüberhang abzutragen. Hierzu gibt es drei Argumente, die sich jeweils auf einen anderen Begriff „Geldüberhang“ beziehen und z.T. auf regional verschieden abgegrenzten Geldmengen M3 basieren.

Das erste Argument bezieht sich darauf, daß die Bundesbank die *laufende* mittlere Rate des Zielkorridors aus der Summe der *jahresdurchschnittlichen* Raten ableitet, aus denen sich das Geldmengenziel ableitet: aus der voraussichtlichen Wachstumsrate des gesamtdeutschen Produktionspotentials von $2\frac{1}{2}$ vH¹, einem „unvermeidlichen“ Preisanstieg von 2 vH und einem Zuschlag von einem halben Prozentpunkt, mit dem der steigende Trend der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes berücksichtigt werden soll. Welche arithmetischen Konsequenzen die Ableitung der laufenden aus der jahresdurchschnittlichen Rate haben kann, geht aus der Tabelle 1 hervor. Im vierten Quartal 1990 gab es, wie üblich, einen Überhang der westdeutschen Geldmenge über deren jahresdurchschnittlichem Niveau. Dieser Überhang war so groß, daß die aus der — oben beschriebenen — Potentialrechnung für 1991 hervorgehende jahresdurchschnittliche Expansionsrate der westdeutschen Geldmenge bei einem stetigen monetären Wachstum nur dann erreicht würde, wenn die laufende Rate nicht 5 vH, sondern nur etwa 4 vH betrüge (vgl. die beiden letzten Spalten der dritten Zeile der Tabelle 1). Dieser Logik — und manchen Stimmen in der Öffentlichkeit — folgend, müßte die Bundesbank schon von jetzt an die Geldmenge am unteren Rand des Zielkorridors entlangführen.

Diese Argumentation ist aber nicht zwingend. Der Geldüberhang im vierten Quartal 1990 war nämlich nicht die Folge einer zu laxen, sondern die einer stabilitätsorientierten Geldpolitik: Im Winterhalbjahr 1989/90 hatte die Bundesbank ihre geldpolitischen Zügel angezogen und die Zinssätze nach oben getrieben. Infolgedessen nahm vom Frühjahr 1990 an die Geldmenge M3 nur noch merk-

¹ Dabei ging die Bundesbank von einem Potentialwachstum der — mit einem Anteil von über 90 vH dominierenden — westdeutschen Wirtschaft von annähernd 3 vH aus und trug der Angebotsschwäche der ostdeutschen Wirtschaft mit einem Abschlag von einem halben Prozentpunkt Rechnung.

Tabelle 1

Zum Geldmengenziel 1991

	4. Vj.				Zuwachs gegenüber Vorjahreswert	
	1990	1991	1990	1991	1991	4/91
	Mrd. DM				vH	
I Auf M3 (West) bezogener Zielkorridor						
Obergrenze (6 vH)	1 231	1 307	1 260	1 336	+ 6,2	6
Mittel-Linie (5 vH)	1 231	1 299	1 260	1 323	+ 5,5	5
Untergrenze (4 vH)	1 231	1 291	1 260	1 310	+ 4,9	4
II Fiktive Rechnung für die gesamtdeutsche Geldmenge						
M3 (West)	1 231	1 307	1 260	1 336	+ 6,2	6
M3 (Ost)	.	161	164	159	.	-3
M3 insgesamt	.	1 468	1 424	1 495	.	5

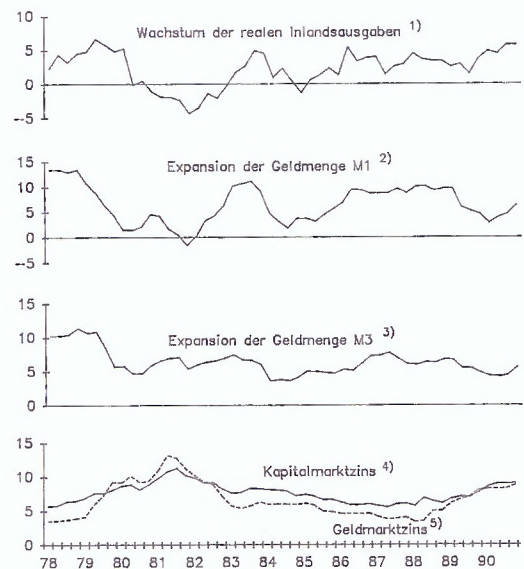
lich verlangsamt zu und bewegte sich in den Sommermonaten sogar etwas unter dem Zielkorridor von 4 bis 6 vH. Im Sommerhalbjahr stabilisierten sich die Zinssätze. Daraufhin kehrte die Geldmenge in den Korridor zurück und erreichte in den letzten drei Monaten des Jahres 1990 laufende Jahres-Wachstumsraten² von 6½ bis 7½ vH. Da jedoch von April bis August 1990 die Raten nur bei 3 bis 4½ vH gelegen hatten, übertraf die Geldmenge im vierten Quartal 1990 den Wert vom vierten Quartal 1989 nur um 5½ vH. Diese Rate lag um einen halben Prozentpunkt unter dem oberen Rand des Zielkorridors; deshalb konnte die Bundesbank guten Gewissens die Erreichung ihres Geldmengenziels konstatieren. Sie hätte das allerdings auch dann melden können, wenn sie zuvor stabilitätspolitisch weniger ehrgeizig gewesen wäre und wenn die Geldmenge in den ersten drei Quartalen von 1990 stärker als in Wirklichkeit expandiert hätte. Dies hätte für die Zielvorgabe 1991 einen optischen Vorteil gehabt: Wäre die Geldmenge zum Beispiel stetig mit einer laufenden Rate von 5½ vH ausgeweitet worden, so wäre im letzten Viertel des Jahres 1990 der Überhang gerade so groß gewesen, daß sich die für 1991 vorgesehene laufende Rate von 5 vH mit der jahresdurchschnittlichen Rate gedeckt hätte. Die laufende Rate für 1991 hätte sogar darüber gelegen, wenn die monetäre Expansion in den ersten drei Quartalen des Jahres 1990 stärker als 5½ vH gewesen wäre.

Dieses Gedankenexperiment führt zu dem paradoxen Schluß, daß der „inflationäre Überhang“ am Jahresende 1990 um so geringer gewesen wäre, je mehr „inflationären Überhang“ die Bundesbank mit einer stärkeren monetären Expansion in den drei Quartalen zuvor aufgebaut hätte. Ein solcher Schluß ist natürlich ökonomisch unsinnig. Er kann nur als Warnung davor dienen, die Modalitäten der Festlegung eines Geldmengenziels in der genannten Weise zu interpretieren. Wer eine schärfere Geldpolitik fordert, muß dies mit anderen Argumenten begründen.

Abb.1

Inlandsausgaben, Geldmenge, Zinssätze
Westdeutschland

Mit Ausnahme der Zinssätze: Zuwachs in vH gegenüber Vorjahreswert

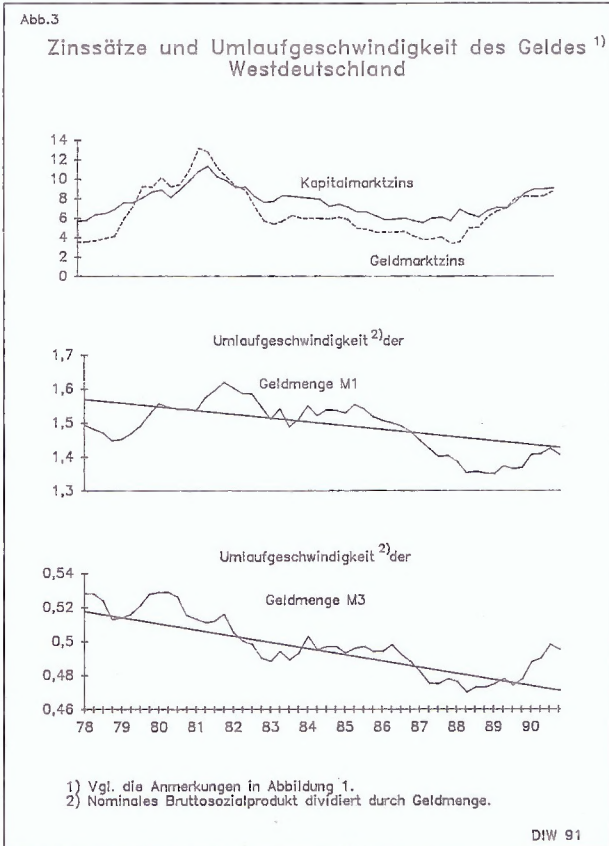
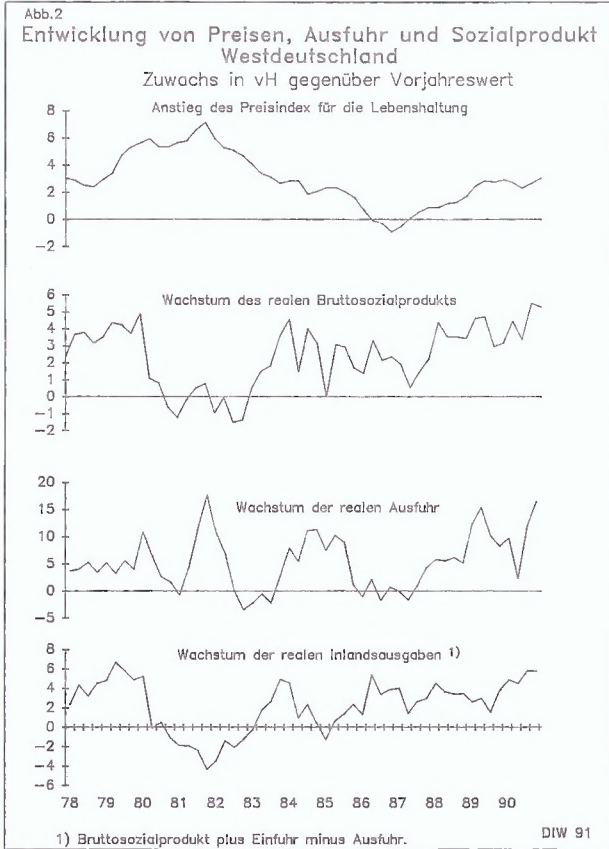


- 1) Bruttoinlandsprodukt plus Einfuhr minus Ausfuhr.
- 2) Bargeld und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken.
- 3) M1 plus Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren sowie Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.
- 4) Umlaufrendite inländischer festverzinslicher Wertpapiere in % p. a.
- 5) Drei-Monats-Geld in Frankfurt am Main in % p. a.

DIW 91

Das zweite Argument hierfür rekurriert auf monetäre „Altlasten“, die in den Jahren 1986 bis 1988 entstanden und bis heute noch nicht abgebaut worden seien. In der Tat war in dieser Zeit die monetäre Expansion beträchtlich gewesen (vgl. Abbildung 1). Der obere Rand der Geld-

² Zunahme in den jeweils letzten sechs Monaten, auf Jahresrate umgerechnet.



mengenziele im Endquartal des Jahres 1986 ($5\frac{1}{2}$ vH) sowie der Jahre 1987 und 1988 (jeweils 6 vH) wurden mit Raten von 7,8 vH, 8 vH und 6,7 vH deutlich übertroffen³. Diese monetäre Beschleunigung war eine wesentliche Voraussetzung für den folgenden Aufschwung der realen Inlandsausgaben und des realen Sozialprodukts (vgl. Abbildungen 1 und 2). Wie immer im konjunkturellen Aufschwung, nahm auch damals die Geldmenge stärker zu als das nominale Sozialprodukt, so daß die Umlaufgeschwindigkeit der Geldmenge M3 merklich unter ihrem Trendwert sank (vgl. die unterste Reihe der Abbildung 3). Diese Abweichung vom Trend wird, da anschließend der Preisindex für die Lebenshaltung wieder stieg (oberste Reihe der Abbildung 2), als inflatorischer Geldüberhang gedeutet. Bei dieser Interpretation wird freilich übersehen, daß der Anstieg der Verbraucherpreise in erster Linie auf die Verteuerung der importierten Rohstoffe zurückging; die „Trendrate“ der Preise blieb in dieser Zeit erstaunlich moderat.

Damit ist die Hypothese widerlegt, daß ein Geldüberhang zwangsläufig in eine Inflation umgesetzt wird. Natürlich läßt sich damit nicht der Hypothese widersprechen, daß ein Geldüberhang inflatorisch genutzt werden kann. In einer Phase, wie der gegenwärtigen, in der die Produktionsanlagen von der Nachfrage in hohem Maße beansprucht werden, ist deshalb der Abbau eines Geldüberhangs durchaus erwünscht. Gerade das ist aber in den beiden vergangenen Jahren geschehen. Mit dem Einschwenken der Bundesbank auf einen monetären Bremskurs zur Mitte des Jahres 1988 wurde der Geldüberhang ständig reduziert und schließlich sogar von einem „Geldunterhang“ abgelöst. Gegenwärtig nämlich liegt die Umlaufgeschwindigkeit der Geldmenge M3 beträchtlich über ihrem Trendwert, mehr als jemals zuvor in den vergangenen zwölf Jahren. Die Forderung nach einer noch schärferen Geldpolitik findet also zumindest in der Behauptung, es gebe noch monetäre „Altlasten“, keinerlei Rechtfertigung.

Das dritte Argument für eine härtere Geldpolitik besagt, daß mit der Währungsumstellung am 1. Juli 1990 die *gesamtdeutsche* Geldmenge zu stark aufgebläht worden sei. Damals war erwartet worden, daß mit der Währungsumstellung die gesamtdeutsche Geldmenge um rund 12 vH steigen würde; das wäre wenig mehr gewesen als der von der Einbeziehung der ostdeutschen Wirtschaft erwartete Zuwachs des Produktionspotentials von rund 10 vH. Tatsächlich kam es anders. Während die Potential-schätzungen zurückgenommen wurden, erhöhte sich die gesamtdeutsche Geldmenge M3 um fast 15 vH (vgl. die letzte Zeile der Tabelle 2). Da die Spareinlagen in der DDR täglich fällig gewesen, also wie Sichteinlagen behandelt worden waren, nahm die gesamtdeutsche Geldmenge M1 (Bargeld und Sichteinlagen) sogar um über 40 vH zu (vorletzte Zeile der Tabelle 2).

³ 1988 wurde die Zentralbankgeldmenge als Zielgröße von der Geldmenge M3 abgelöst.

Tabelle 2

Umfang und Struktur der Geldmenge in Deutschland im zweiten Halbjahr 1990

Positionen	Stand am Monatsende, Mrd. DM			Struktur am Monatsende, vH			Änderung Dezember/ Juli Mrd. DM
	Juni ⁵⁾	Juli	Dezember	Juni ⁵⁾	Juli	Dezember	
Westdeutschland							
Geldmenge M1 ¹⁾	426	429	485	34,8	35,0	36,5	+ 56
Kürzerfristige Termingelder ²⁾	353	354	386	28,8	28,9	29,0	+ 32
Kürzerfristige Spareinlagen ³⁾	445	443	458	36,4	36,1	34,5	+ 15
Geldmenge M3	1 224	1 226	1 329	100,0	100,0	100,0	+ 103
Geldkapital ⁴⁾	1 407	1 411	1 463				+ 52
darunter: Bankobligationen	(460)	(465)	(486)				(+ 21)
Insgesamt	2 631	2 637	2 792				+ 155
Ostdeutschland							
Geldmenge M1 ¹⁾	180	64	95	100,0	36,0	58,0	+ 31
Kürzerfristige Termingelder ²⁾	—	3	15	—	1,7	9,1	+ 12
Kürzerfristige Spareinlagen ³⁾	—	111	54	—	62,3	32,9	— 57
Geldmenge M3	180	178	164	100,0	100,0	100,0	— 14
Geldkapital ⁴⁾	—	1	19				+ 18
darunter: Bankobligationen	(—)	(.)	(.)				(.)
Insgesamt	180	179	183				+ 4
Deutschland insgesamt ⁶⁾							
Geldmenge M1 ¹⁾	606	493	580	43,2	35,1	38,8	+ 87
Kürzerfristige Termingelder ²⁾	353	357	401	25,1	25,4	26,9	+ 44
Kürzerfristige Spareinlagen ³⁾	445	554	512	31,7	39,5	34,3	— 42
Geldmenge M3	1 404	1 404	1 493	100,0	100,0	100,0	+ 89
Geldkapital ⁴⁾	1 407	1 412	1 482				+ 70
darunter: Bankobligationen	(460)	(465)	(486)				(+ 21)
Insgesamt	2 811	2 816	2 975				+ 159
Nachrichtlich:							
M1 (Ost) in vH von M1 (West)	42,3	14,9	19,6				
M3 (Ost) in vH von M3 (West)	14,7	14,5	12,3				

1) Von Inländern des jeweiligen Gebiets gehaltene Bargeldbestände und bei Kreditinstituten des jeweiligen Gebiets gehaltene Sichteinlagen. — 2) Mit Befristung bis unter 4 Jahren. — 3) Mit gesetzlicher Kündigungsfrist. — 4) Termingelder mit Befristung von mindestens 4 Jahren, Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist, Sparbriefe sowie Bankobligationen. — 5) Für Ostdeutschland: — 1. Juli. — 6) Die Summe der regionalen Geldmengen weicht von der „gesamtdeutschen“ Geldmenge etwas ab, da Nichtbanken des einen Gebiets auch Einlagen bei Kreditinstituten des anderen Gebiets unterhalten.

Trotz der starken Kluft zwischen dem angenommenen Zuwachs des Produktionspotentials und der zusätzlichen Geldmenge in Ostdeutschland kam es nicht zu dem von manchen befürchteten Inflationsstoß. Zwar wurde ein Teil der ostdeutschen Geldbestände für „westliche“ Güter ausgegeben, aber das Angebot aus westdeutscher Produktion und aus Einfuhren erwies sich als so elastisch, daß die zusätzliche Nachfrage praktisch ohne zusätzliche Preissteigerungen bedient werden konnte. Entschärft

wurde das „Inflationsproblem“ dadurch, daß mehr Produktion möglich war als zuvor angenommen. Entschärft wurde es aber auch dadurch, daß sich die Geldhaltung in Ostdeutschland zu normalisieren begann, da sich die Unternehmen und die privaten Haushalte angesichts der wachsenden Unsicherheit finanzielle Reserven zulegten und diese mehr und mehr in verzinslicher Form zu halten wünschten. In der Zeit von Ende Juli bis Ende Dezember 1990 wurde in Ostdeutschland Geldkapital in Höhe von

18 Mrd. DM gebildet, und die ostdeutsche Geldmenge M3 nahm um 14 Mrd. DM oder 10 vH ab. Ende 1990 betrug die Relation zwischen der Geldmenge M3 in Ostdeutschland und der in Westdeutschland nur noch 12,3 vH. Ebenfalls gesunken ist die Relation zwischen der ostdeutschen und der westdeutschen Geldmenge M1 von über 40 vH auf knapp 20 vH.

Zwar sind beide Relationen überhöht, aber es ist damit zu rechnen, daß sie sich im Laufe des Jahres 1991 weiter zurückbilden werden: Die westdeutsche Geldmenge M3 dürfte sich eher am oberen Rande des Zielkorridors bewegen. Dagegen wird die ostdeutsche Geldmenge voraussichtlich abnehmen. Denn die Anpassung des ostdeutschen an das westdeutsche Anlegerverhalten und damit die Umwandlung von Geld in Geldkapital werden weitere Fortschritte machen. Ferner werden viele ostdeutsche Betriebe wegen schrumpfender Umsätze weniger Transaktionskasse benötigen. Beides wird per se die Geldnachfrage erheblich drücken. Trotzdem dürfte der Rückgang der gesamten ostdeutschen Geldnachfrage mit einer Rate von vielleicht 3 vH relativ gering bleiben. Denn die privaten Haushalte in Ostdeutschland werden einen vermehrten Bedarf an Transaktionskasse haben, da ihre verfügbaren Einkommen wegen der Zunahme der Übertragungseinkommen weiter zunehmen werden.

Wie die Modellrechnung in der Tabelle 1 erkennen läßt, würde bei einer solchen Konstellation die gesamtdeutsche Geldmenge M3 mit einer Rate von 5 vH zunehmen, die in der Mitte des Zielkorridors liegt. Ob diese Modellrechnung die Wirklichkeit einigermaßen zutreffend abbildet, wird allerdings zuverlässig nicht festzustellen sein, denn von 1991 an gibt es nur noch für die gesamtdeutsche Geldmenge amtliche Zahlen.

Gibt es andere Gründe für eine schärfere Geldpolitik?

Eine potentialorientierte Geldpolitik, deren Geldmengenziel aus den Raten des potentiellen Wirtschaftswachstums, des unvermeidlichen Preisanstiegs und des Trends der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes abgeleitet ist, kann bei strenger Auslegung nur dann eine Abweichung nach unten zulassen, wenn die Ausgangsbasis für das Geldmengenziel wegen eines inflatorischen Geldüberhangs überhöht ist. Ein solcher Geldüberhang ließ sich nicht nachweisen. Wenn trotzdem ein strammerer monetärer Bremskurs verlangt wird, so kann dies nur mit anderen Argumenten geschehen. Sie lauten:

- Die mit einem halben Prozentpunkt unmittelbar preiswirksame Erhöhung indirekter Steuern, wie der Mineralöl-, der Tabak-, der Versicherungssteuer, sowie überzogene Lohnabschlüsse gefährdeten den Geldwert zusätzlich. Dies müsse, notfalls zu Lasten der Gewinn-

spannen und der Beschäftigung, mit nachfragedämpfenden monetären Restriktionen kompensiert werden.

- Im Jahre 1990 habe die Bundesrepublik mit einem Leistungsbilanzüberschuß und Netto-Kapitalexporten (einschließlich der Netto-Devisenkäufe der Bundesbank) von 70 Mrd. DM per Saldo zur „Weltersparnis“ beigetragen. Die hohen Staatsdefizite würden aber, über eine Stimulierung der Binnennachfrage, 1991 zu einem rapiden Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses und 1992 vielleicht sogar zu einem Defizit beitragen. Dies werde das Vertrauen der internationalen Finanzmärkte zu DM-Anlagen so schwächen, daß eine reibungslose Deckung des deutschen Kapitalbedarfs auf den internationalen Finanzmärkten gefährdet werde.

Beide Argumente sind unvereinbar mit den Regeln der potentialorientierten Geldpolitik einer Notenbank, die schon seit Mitte 1988 eine stabilitätspolitisch straffe Linie verfolgt und in dieser Hinsicht keinen „Nachholbedarf“ hat: Die Bundesbank sollte die Geldversorgung ständig „potentialgerecht“ ausweiten, so daß zwar die wachsenden Produktionsreserven weiterhin ausgeschöpft werden können, aber keine Kosten-Preis-Spirale finanziert werden kann. Dies impliziert, daß ein vom Staat mit einer Erhöhung indirekter Steuern induzierter (und gewollter) einmaliger Preisschub hingenommen werden muß; für eine daraus resultierende Kosteninflation wäre die Bundesbank nur dann verantwortlich, wenn sie den Preisschub monetär alimentierte. Es kann aber auch nicht die Aufgabe der Bundesbank sein, Fehler in der Lohnpolitik geldpolitisch zu überspielen. Wenn — was derzeit wohl nicht zu befürchten ist — stabilitätswidrig hohe Lohnabschlüsse zustande kommen sollten, würde ohnehin bei einem unveränderten Geldangebot die transaktionsbedingte Mehrnachfrage nach Geld (und Krediten) zu einem Zinsanstieg führen, der die Gesamtwirtschaft automatisch dämpfen würde.

Ebensowenig sollte die Bundesbank vom Konzept der potentialorientierten Geldpolitik abweichen, um einen Mangel an internationaler Kreditwürdigkeit des Staates wettzumachen, indem sie mit Zinssteigerungen einer Abwertung der D-Mark entgegenwirkt oder sogar eine Aufwertungstendenz auslöst. Für seine Kreditwürdigkeit ist der Staat selber verantwortlich: Indem er die Finanzmärkte davon überzeugt, daß die derzeitigen Defizite transitorisch sind, sei es, daß sie der Stärkung des Wirtschaftswachstums und damit des Steueraufkommens dienen, sei es, daß sie durch Subventionsabbau oder — wie jetzt vorgesehen — durch Steuererhöhungen eingedämmt werden. Aus guten Gründen darf der Staat der Bundesbank ihren Kurs nicht bindend vorschreiben. Umgekehrt gehört es nicht zu den Pflichten der Bundesbank, über berechnete Warnungen hinaus einer unsoliden Finanzpolitik des Staates mit einer Verknappung des Geldangebots zu begegnen.

Deutschlands Handel mit China: Dynamik nur bei den Importen

Der Gesamtumsatz im deutschen China-Handel stagniert. Doch diese Optik täuscht: Die Importe in den alten Bundesländern wurden kräftig gesteigert, hingegen läßt sich ein deutlicher Rückgang bei den Exporten feststellen. Dies dürfte auch in naher Zukunft so bleiben. In den neuen Bundesländern werden auch im China-Geschäft die Exportchancen vom Erfolg der Modernisierung und des sektoralen Strukturwandels abhängen. Es wurde vermutet, daß die Verschlechterung der Geschäftsperspektive vor allem damit zusammenhing, daß die Bundesrepublik die internationalen Sanktionen, die gegenüber China nach den Repressionen vom Juni 1989 erlassen wurden, besonders strikt befolgt hat. Die deutschen China-Exporte schneiden im internationalen Vergleich jedoch keineswegs besonders schlecht ab; der Rückgang der Einfuhren Chinas ist vielmehr allgemein und erklärt sich aus dem Festhalten der Führung an der Austeritätspolitik.

Der bundesdeutsche China-Handel hatte 1989 zum erstenmal 10 Mrd. DM Umsatz überschritten, im abgelaufenen Jahr 1990 lag der Zuwachs bei 10 vH. Die Ausfuhr nach China konnte von 1986 an nicht mehr gesteigert werden; nach einem kräftigen Einbruch im Jahre 1987 ging sie auch 1990 um rund 16 vH zurück¹. Die Einfuhr aus der Volksrepublik steigt hingegen seit 1983, zuletzt mit Zuwachsraten um etwa 30 vH; auch 1990 betrug die Steigerung gut 32 vH. Der traditionelle deutsche Exportüberschuß in der Handelsbilanz wandelte sich 1989 erstmals seit langem wieder in ein Defizit (1,2 Mrd. DM), 1990 waren es sogar 3,8 Mrd. DM.

Rascher Wandel der Einfuhrstruktur

Als Abnehmer chinesischer Waren steht die Bundesrepublik Deutschland nach chinesischen Angaben² mit einem Anteil von 3 vH auf Platz 6, hinter Hongkong (44 vH), Japan (14 vH), den USA (8 vH) und der UdSSR

sowie Singapur mit je gut 3 vH. Allerdings wird der Anteil Hongkongs in der chinesischen Statistik sehr überhöht abgebildet, weil Hongkong oft nur Durchgangs- und nicht Zielort ist³. Die Zusammensetzung der deutschen Importe aus China zeigt deutlich den Strukturwandel der chinesischen Exportindustrien. Der Anteil der Güter der Ernährungswirtschaft ging von 1970 bis 1989 von 45 vH

¹ Nach Vorabinformationen des Statistischen Bundesamtes für 12 Monate 1990.

² Für 1990 berechnet auf der Basis eines 9-Monatsvergleichs gegenüber dem Vorjahr nach der Zollstatistik. Vgl. China's Customs Statistics, Beijing und Hongkong, Heft 4/1990.

³ Hongkong dient nicht nur als Vermittler für den Handel mit Südkorea und Taiwan, sondern auch für die Bundesrepublik und andere wichtige Handelspartner Chinas, vor allem die USA und Japan. Vgl. VR China: Ungewißheit über den künftigen Kurs überschattet auch die außenwirtschaftlichen Perspektiven. Bearb.: E. Hagemann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 4-5/91, hier S. 39.

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen

	1985	1986	1987	1988	1989	Jan./Sept. 1989	1990	Veränderung 1990/1989
	in Mrd. DM							in vH
Ausfuhr, insgesamt	537,16	526,36	527,38	587,65	641,04	475,51	479,51	0,8
	Anteile in vH							
Staatshandelsländer	5,2	4,9	4,4	4,3	4,6	4,5	4,3	-3,5
dar.: China	1,2	1,2	0,9	0,9	0,7	0,7	0,6	-20,8
Westliche Industrieländer	82,4	84,5	85,7	86,1	85,8	85,7	85,4	0,5
Entwicklungsländer	12,4	10,6	9,9	9,6	9,6	9,7	10,2	6,0
	in Mrd. DM							
Einfuhr, insgesamt	463,81	413,74	409,64	439,61	508,46	371,18	395,65	6,6
	Anteile in vH							
Staatshandelsländer	5,7	5,1	4,8	4,6	4,9	4,9	5,3	15,3
dar.: China	0,6	0,7	0,8	1,0	1,2	1,2	1,4	27,7
Westliche Industrieländer	78,8	82,1	83,0	82,9	82,8	82,5	82,6	6,6
Entwicklungsländer	15,5	12,8	12,2	12,5	12,3	11,8	12,1	3,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten, Heft 9/1990.

Außenhandel der VR China nach Ländern und Ländergruppen

	1985	1986	1987	1988	1989	Jan./Sept. 1989	1990	Veränderung 1990/1989
	in Mill. US-\$							in vH
Ausfuhr, insgesamt	27 350,0	30 942,0	39 437,0	47 516,0	52 486,0	36 222,5	41 367,7	14,2
	Anteile in vH							
Staatshandelsländer ¹⁾	8,5	9,4	8,2	7,7	7,7	7,2	6,1	-6,8
dar.: UdSSR	3,6	3,9	3,2	3,1	3,5	3,4	3,2	8,0
DDR	0,4	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	-34,6
Westliche Industrieländer ²⁾	41,8	39,7	37,0	36,4	36,1	36,7	33,5	7,5
dar.: Japan	22,3	15,4	16,2	16,7	15,9	16,1	13,6	-2,6
USA	8,6	8,5	7,7	7,1	8,4	8,2	8,4	13,9
EG (10/12)	8,2	12,9	9,9	9,9	9,2	9,6	9,1	11,6
dar.: BRD	2,7	3,2	3,1	3,1	3,1	3,1	2,9	8,4
Entwicklungsländer ³⁾	49,7	50,9	54,8	55,9	56,2	56,1	60,4	21,1
dar.: Hongkong	26,3	31,6	34,9	38,4	41,8	42,4	43,9	18,6
	in Mill. US-\$							
Einfuhr, insgesamt	42 252,0	42 904,0	43 216,0	55 268,0	59 142,0	42 739,5	36 493,7	-14,6
	Anteile in vH							
Staatshandelsländer ¹⁾	7,3	9,1	8,2	8,3	7,9	8,0	7,7	-16,1
dar.: UdSSR	2,3	3,4	2,9	3,2	3,6	3,5	3,9	-4,5
DDR	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,4	0,6	0,1
Westliche Industrieländer ²⁾	70,1	67,1	61,2	55,2	53,7	55,5	49,3	-22,4
dar.: Japan	35,6	29,0	23,3	20,0	17,8	19,1	13,8	-35,7
USA	12,0	11,0	11,2	12,0	13,3	12,6	12,6	-15,2
EG (10/12)	14,5	17,9	16,8	14,7	15,4	16,2	14,4	-21,9
dar.: BRD	5,7	8,3	7,2	6,2	5,7	6,0	4,7	-29,3
Entwicklungsländer ³⁾	22,6	23,9	30,6	36,5	38,4	36,5	43,0	-3,2
dar.: Hongkong	11,4	13,1	19,5	21,7	21,2	20,6	27,0	8,6
	Ausfuhr- bzw. Einfuhrüberschuß (—) in Mill. US-\$							
Insgesamt	-14 902,0	-11 962,0	-3 779,0	-7 752,0	-6 656,0	-6 517,0	4 874,0	
Staatshandelsländer ¹⁾	-747,1	-981,6	-283,6	-924,7	-623,8	-621,0	-200,3	
dar.: UdSSR	13,4	-240,2	-24,5	-306,1	-298,1	-257,1	-93,8	
DDR	-167,8	-63,8	-37,9	-78,3	-7,9	37,6	-46,1	
Westliche Industrieländer ²⁾	-18 195,0	-16 495,7	-11 866,0	-13 221,0	-12 818,5	-10 057,8	-4 191,0	
dar.: Japan	-8 926,3	-7 659,0	-3 675,9	-3 135,0	-2 172,0	-2 093,9	568,3	
USA	-2 750,7	-2 084,9	-1 793,5	-3 251,1	-3 472,4	-2 403,1	-1 149,3	
EG (10/12)	-3 854,8	-3 668,1	-3 379,3	-3 428,8	-7 243,5	-3 353,6	-1 486,6	
dar.: BRD	-1 672,4	-2 551,9	-1 906,8	-1 949,1	-1 770,4	-1 291,1	-491,5	
Entwicklungsländer ³⁾	4 040,1	5 515,3	8 370,6	6 434,7	6 786,3	4 161,8	9 333,5	
dar.: Hongkong	2 407,4	4 174,8	5 340,9	6 295,3	9 374,3	6 221,7	8 291,0	

¹⁾ RGW-Länder einschließlich Mongolei und Kuba sowie Albanien, Jugoslawien und übrige asiatische Volksdemokratien; einschließlich der osteuropäischen Reformländer. — ²⁾ OECD-Länder. — ³⁾ Alle Länder, die nicht zu Gruppe 1) oder 2) gehören.
Quellen: China's Customs Statistics, Beijing und Hongkong, 1983/1990, Tabelle 4; Berechnungen des DIW.

auf 8 vH zurück. Bei den gewerblichen Produkten verloren Rohstoffe und Halbwaren ebenfalls an Bedeutung, nur der Anteil der Vorerzeugnisse blieb wegen des Gewichts von Seiden- und Wollgeweben sowie von chemischen Vorerzeugnissen auf gleichem Niveau. Hingegen stieg der Anteil der Fertigwaren von 6 vH auf erstaunliche 70 vH. Das höchste Gewicht haben Bekleidung (Baumwoll- und Seidenkleidung mit jeweils rund 10 vH), gefolgt von elektrotechnischen Erzeugnissen (Radiore-

kordern, Fernsehgeräten etc. mit 11 vH), vor Spielzeug und Musikinstrumenten (7,5 vH), Lederwaren und Schuhen (6 vH) sowie Werkzeugen und sonstigen Eisenwaren (3,5 vH). Bei Kleidung aus Seide sowie elektrotechnischen Erzeugnissen erzielte China mit 56 vH bzw. 95 vH auch die höchsten Zuwächse im Vorjahresvergleich. Selbst bei Bekleidung zeigt sich das Muster des Übergangs zu höherwertigen Produkten. China folgt auch hierin dem Vorbild der asiatischen Schwellenländer.

Einfuhr der Bundesrepublik Deutschland aus der VR China nach Warengruppen

Warengruppen	Anteile an der deutschen Gesamteinfuhr ²⁾						Warenstruktur		Veränderungen gegenüber Vorjahr ³⁾ in vH			
	1970	1975	1980	1985	1988	1989	1970	1989	1980/70	1985/80	1989/88	1990/89 ⁴⁾
Einfuhr, insgesamt¹⁾	0,3	0,3	0,4	0,6	0,7	1,1	100	100	15,4	11,9	33,5	26,3
Ernährungswirtschaft	0,7	0,7	0,9	0,7	0,8	0,8	44,6	8,0	8,8	2,7	7,9	-5,3
darunter:												
Därme	30,6	26,9	21,4	25,2	26,8	20,7	19,3	1,6	0,9	9,2	9,3	-0,9
Honig	13,5	13,0	19,7	9,3	17,3	18,3	2,3	0,5	10,8	-9,4	93,5	-23,5
Gemüse- u. Obstkonserven, Fruchtsäfte	0,9	2,6	4,2	3,3	3,5	5,0	3,4	3,1	32,4	-0,3	7,7	-11,9
Tee	1,6	3,7	15,3	18,5	12,3	8,6	0,3	0,2	38,8	12,9	4,1	87,8
Rohtabak	3,5	1,9	1,1	0,3	0,2	0,2	7,2	.	-7,2	-16,3	-6,3	85,7
Gewerbliche Wirtschaft	0,2	0,2	0,4	0,5	0,6	1,2	55,2	91,1	20,5	14,3	37,1	29,9
Rohstoffe	0,6	0,3	0,4	0,5	0,8	0,9	30,1	4,7	8,6	6,8	17,6	-4,9
darunter:												
Rohwolle	0,9	1,6	3,5	2,7	2,5	2,4	1,8	0,6	20,1	0,6	10,2	-45,5
Felle u. sonst. Häute, roh ⁵⁾	3,6	6,4	1,0	2,5	1,4	0,7	9,0	0,1	-2,8	13,0	-43,3	-9,5
Bettfedern	24,6	25,2	13,1	17,6	13,1	19,8	7,7	0,6	-0,1	2,2	33,5	-4,7
Erze u. Metallsachen ⁵⁾	0,6	0,6	1,0	0,5	0,8	0,7	1,4	0,4	23,4	11,9	5,5	-79,4
Steine u. Erden ⁵⁾	1,4	1,8	2,8	2,9	3,3	4,3	4,0	1,5	7,0	7,3	27,4	23,3
Halbwaren	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,5	9,8	5,2	5,5	-0,5	84,3	-31,7
darunter:												
Rohseide, Seidengespinnste	42,9	11,1	19,4	22,9	20,4	81,4	3,1	2,7	-7,4	31,5	1042,0	-34,5
Zinn u.a. Metalle, roh, legiert ⁵⁾	1,2	0,6	1,1	1,8	0,2	0,7	2,1	1,4	1,4	6,3	-13,3	-76,0
Chemische Halbwaren ⁵⁾	1,0	1,3	1,2	0,6	1,0	4,1	3,3	0,8	11,7	-14,1	27,3	6,2
Vorzeugnisse	0,2	0,3	0,5	0,8	0,7	0,8	9,1	10,6	23,1	15,7	21,9	1,4
darunter:												
Seidengewebe, a. synthetisch	0,9	0,5	1,6	4,0	3,9	5,1	2,1	2,4	15,5	24,3	36,9	21,5
Zellwollgewebe, synthetisch	0,0	0,2	0,9	2,2	1,7	1,1	.	0,5	71,3	17,1	-2,1	-1,8
Wollgewebe	0,3	0,8	1,2	2,6	2,5	4,3	1,1	1,9	29,9	12,3	19,8	-11,5
Baumwollgewebe	0,1	1,1	3,3	4,1	3,7	2,4	0,2	0,8	53,0	9,8	5,8	60,2
Felle, zu Pelzw. u.a. verarb. ⁵⁾	0,4	1,1	1,2	0,5	0,4	0,1	0,8	.	18,1	-9,7	-58,9	91,7
Chemische Vorzeugnisse ⁵⁾	0,5	0,8	0,9	0,8	0,7	1,7	3,7	4,8	16,6	21,1	25,5	3,3
Enderzeugnisse	0,1	0,2	0,4	0,6	0,7	1,5	6,2	70,5	41,5	18,0	38,7	43,6
darunter:												
Baumwollkleidung ⁵⁾	.	0,4	1,8	3,6	3,5	4,9	0,1	10,7	95,6	30,6	8,9	19,6
Kleidung a. Seide, Chemiefasern ⁵⁾	.	0,0	0,6	1,8	2,2	4,7	.	10,2	79,8	27,0	39,9	55,6
Sonst. Spinnstoffwaren, Hüte	0,1	0,7	1,1	2,8	4,0	1,5	0,1	3,3	44,3	21,1	44,7	26,1
Pelzwaren	2,5	3,1	5,1	5,1	5,2	4,5	1,2	0,3	31,7	-10,9	-46,9	0,0
Lederwaren, Schuhe ⁵⁾	0,2	0,8	1,9	2,2	2,5	4,7	0,7	6,4	44,8	7,6	20,5	21,8
Holzwaren	0,1	0,2	0,3	0,5	0,4	0,7	0,1	0,7	54,5	4,1	18,8	79,2
Glas, Porzellan, Steingut ⁵⁾	0,1	0,2	0,3	0,4	0,5	0,9	0,2	0,9	28,7	7,6	45,1	26,7
Werkzeuge, sonst. Eisenwaren ⁵⁾	.	0,1	0,5	1,0	0,9	3,6	0,1	3,5	58,9	22,4	45,2	47,5
Uhren, elektrotechn. Erzeugnisse ⁵⁾	—	—	.	0,1	0,8	1,3	—	10,9	—	27,2	90,7	94,8
Pharmaerzeugnisse	0,1	0,9	1,9	2,2	0,9	0,3	0,2	2,5	58,7	12,9	37,8	30,1
Spielzeug, Musikinstrumente ⁵⁾	0,1	0,7	0,7	3,8	14,9	22,6	0,2	7,5	20,2	42,1	31,3	25,9
Sonstige Enderzeugnisse	0,3	0,7	1,3	2,1	6,8	2,7	2,2	3,0	34,1	1,2	17,6	16,3

1) Rückwaren u. Ersatzlieferungen nicht berücksichtigt, Abweichungen durch Rundungen. — 2) Anteile an der jeweiligen Warengruppe. — 3) Durchschnittliche Veränderungsrate für 1980/1970 bzw. 1985/80. — 4) Jeweils 1. Halbjahr 1990/1989. — 5) Einschließlich verwandter Warenposten. — . = weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit; — = kein Wert vorhanden.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Reihe 3; Berechnungen des DIW.

Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in die VR China nach Warengruppen

Warengruppen	Anteile an der deutschen Gesamtausfuhr ²⁾						Warenstruktur		Veränderungen gegenüber Vorjahr ³⁾			
	1970	1975	1980	1985	1988	1989	1970	1989	1980/70	1985/80	1989/88	1990/89 ⁴⁾
Ausfuhr, insgesamt¹⁾	0,5	0,6	0,6	1,2	0,9	0,7	100	100	17,8	21,2	—6,2	—15,0
Ernährungswirtschaft	.	.	.	0,1	0,1	0,2	.	1,5	95,0	24,4	208,7	68,6
Gewerbliche Wirtschaft	0,5	0,6	0,6	1,3	0,9	0,7	99,9	98,1	17,7	21,5	—7,2	—16,8
Rohstoffe	0,4	0,2	0,6	0,9	1,4	0,6	2,1	0,9	11,2	—2,3	—54,0	—73,4
darunter:												
Zellwolle, synthetische Fasern	2,1	1,2	3,9	5,3	4,8	3,2	2,0	0,8	6,8	—2,6	—30,8	—93,8
Halbwaren	1,2	0,5	0,3	0,7	0,6	0,3	19,5	2,7	8,9	36,1	—33,6	—9,2
darunter:												
Reyon, synthetische Fäden	0,9	0,2	1,0	1,0	0,6	0,7	2,5	0,6	12,9	4,6	—26,6	—14,2
Roheisen, Eisenhalbzeug und Legierungen ⁵⁾	0,1	.	.	1,1	0,7	0,1	0,3	0,2	5,1	338,1	—77,6	—95,7
Aluminium, Kupfer, Zink, roh und Legierungen ⁵⁾	5,5	3,1	0,1	1,4	0,5	0,1	9,5	.	—1,9	119,7	—85,3	—75,0
Teer u. Teerdestillationen	5,0	4,3	0,5	0,5	2,3	0,2	0,7	.	12,4	—5,8	—79,5	—30,8
Stickstoff, Kali u.a. Düngemittel ⁵⁾	4,2	0,3	2,0	1,3	3,5	3,3	3,3	0,7	1,6	15,8	—16,4	30,7
Sonstige chemische Halbwaren	0,1	0,8	0,9	1,9	1,2	1,1	0,1	1,0	57,8	26,3	—9,1	—12,6
Vorzeugnisse	1,5	2,0	1,0	1,9	1,2	0,9	57,3	21,2	12,3	24,6	—13,9	—48,1
darunter:												
Kunststoffe	0,1	0,1	0,7	1,4	1,4	0,6	0,4	2,7	39,1	34,4	—57,8	—49,2
Teerfarbstoff, sonst. Farben u. verwandte chemische Vorzeugnisse ⁵⁾	1,7	2,3	2,0	1,4	1,3	0,6	16,0	4,1	12,5	—1,2	—46,7	—44,6
Stahlröhren	6,9	14,2	3,1	15,6	6,9	8,0	12,4	6,0	11,4	84,6	20,9	4,9
Stab- und Formeisen	1,4	1,3	0,6	1,7	1,0	1,1	5,2	1,4	18,4	36,9	35,5	—51,3
Bleche (aus Eisen)	4,1	2,1	1,7	2,1	1,7	2,5	18,2	4,4	2,7	10,7	77,3	—83,9
Draht (aus Eisen)	1,4	0,2	1,5	12,4	1,9	0,2	1,6	0,1	15,0	73,8	41,9	—37,6
Enderzeugnisse	0,2	0,3	0,6	1,2	0,9	0,7	21,1	73,2	27,9	19,0	—2,3	—7,0
darunter:												
Bücher, Karten, Noten u.ä.	0,1	0,1	0,2	1,7	0,5	0,6	0,1	0,6	30,6	62,9	33,8	51,0
Eisenwaren ⁵⁾	0,2	0,9	0,5	0,3	0,3	0,5	1,8	2,4	27,0	—28,3	70,8	—36,2
Werkzeug- und Walzwerksmaschinen	0,6	1,4	1,0	3,2	2,8	2,1	3,8	5,8	17,2	25,9	—14,3	55,5
Pumpen u. Druckluftmaschinen	0,2	2,5	0,7	1,0	1,1	1,0	0,8	2,4	44,5	5,9	13,5	—33,7
Kraftmaschinen u. Fördermittel ⁵⁾	.	1,0	1,2	1,2	1,1	0,9	0,2	2,0	46,0	14,0	10,0	94,4
Sonstige Maschinen ⁵⁾	0,1	0,4	1,9	3,4	2,2	2,0	25,5	32,5	38,5	11,8	—6,7	—28,6
Elektrotechnische Erzeugnisse	0,1	0,2	0,3	1,4	1,0	0,6	1,4	8,9	30,4	33,4	—32,2	23,4
Feinmechan. u. optische Erzeugnisse	0,4	0,3	0,6	1,2	0,7	0,5	1,4	1,7	18,0	26,2	—20,0	—36,3
Foto, Fotochem., pharmazeutische kosmet., sonst. chem. Erzeugnisse ⁵⁾	.	0,1	0,1	0,2	0,4	0,2	0,4	1,4	8,4	36,0	—43,5	20,6
Wasserfahrzeuge	1,7	0,8	.	26,5	1,3	8,3	3,1	3,3	—31,7	274,1	584,2	96,5
Luftfahrzeuge	0,0	.	.	0,1	.	.	—	0,1	—21,1	—4,6	1300,0	159,3
Kraftfahrzeuge	.	.	0,1	0,4	0,3	0,4	0,2	10,4	49,3	67,1	36,3	—28,6
Sonstige Enderzeugnisse	.	0,3	0,2	0,4	0,4	0,3	.	0,5	59,3	11,3	—13,4	—30,4

1) Rückwaren u. Ersatzlieferungen nicht berücksichtigt, Abweichungen durch Rundungen. — 2) Anteile an der jeweiligen Warengruppe. — 3) Durchschnittliche Veränderungsrate für 1980/1970 bzw. 1985/1980; für Ernährungswirtschaft sowie Wasser- und Luftfahrzeuge 1975/1970. — 4) Jeweils 1. Halbjahr 1990/1989. — 5) Einschließlich verwandter Warenposten. — . = weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit; — = kein Wert vorhanden.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Reihe 3; Berechnungen des DIW.

Verbesserung der deutschen Exportstruktur

Trotz des Rückgangs der Ausfuhr blieb die Bundesrepublik Deutschland 1990 mit einem Anteil von knapp 5 vH viertwichtigstes Lieferland, nach Hongkong (27 vH),

Japan (14 vH) und den USA (knapp 13 vH). Dabei hat sich die deutsche Exportstruktur im Handel mit China weiter verändert: Während der Anteil der Rohstoffe, Halbwaren und Vorzeugnisse kräftig verringert wurde, stieg derjenige der Fertigerzeugnisse von 21 vH (1970) auf 73 vH

(1989). Vor allem die Ausfuhr von Maschinen (1970: 30 vH und 1989: 43 vH) und Fahrzeugen wurde deutlich erhöht (vgl. Tabelle 4). Im Jahr 1990 deutet sich ein erneuter Einbruch bei den deutschen Exporten an, von dem fast alle Warengruppen⁴ betroffen sind; überproportional jedoch wiederum die Lieferungen von Rohstoffen, Halbwaren und Vorerzeugnissen, in geringerem Umfang die der Endzeugnisse. Die Lieferungen von Werkzeug- und Walzwerkmaschinen, Kraftmaschinen und Fördermitteln, aber auch elektrotechnischen Erzeugnissen und einigen anderen Fertigerzeugnissen wurden hingegen mit Zuwächsen zwischen 20 vH und 94 vH kräftig erhöht.

Der sehr differenzierte Rückgang bei den deutschen Exporten spiegelt die aktuelle Veränderung der chinesischen Importstruktur wider. Die Austeritätspolitik, die von der chinesischen Führung seit Herbst 1988 und verstärkt von Mitte 1989 an durchgeführt wird, hat die Industrieproduktion vor allem im Herbst 1989/Frühjahr 1990 erheblich gedrosselt und führte zu einer Verminderung der Nachfrage vor allem nach Rohstoffen, Vorleistungen und Vorerzeugnissen; weniger waren Investitionsgüter betroffen, da der langfristig angelegte Modernisierungsprozeß nicht gestoppt werden soll.

Der Rückgang der Exporte betraf nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern alle wichtigen Konkurrenten⁵. Das zeigt nicht nur die chinesische Statistik, sondern auch die Exportstatistik der OECD⁶. Danach gingen die Exporte nach China zwischen Januar und September 1990 gegenüber dem Vorjahreszeitraum wie folgt zurück (EG-Durchschnitt -7,1 vH, OECD-Durchschnitt -16,7 vH):

Bundesrepublik Deutschland	-9,2 vH
Frankreich	-9,6 vH
Italien	-32,6 vH
USA	-18,8 vH
Japan	-31,6 vH
Australien	-9,2 vH

Lediglich Großbritannien erzielte einen Zuwachs von 29 vH gegenüber einem in den vergangenen beiden Jahren allerdings stark verminderten Niveau. Nach diesem Vergleich läßt sich nicht erkennen, daß die Bundesrepublik benachteiligt wurde oder deutsche Firmen sich stärker bei der Ausfuhr von High-Tech-Erzeugnissen zurückhielten oder durch restriktive Kreditvergabe besonders behindert wurden.

Die Differenz bei den Salden

Nach der chinesischen Statistik importiert die Bundesrepublik Deutschland ständig sehr viel weniger Güter aus China, als in der deutschen Statistik nach Ursprungs- und Bestimmungsländern nachgewiesen wird. Auf Dollarbasis ergibt sich für die ersten neun Monate 1990 ein Import von 3,3 Mrd. und ein Defizit der Bundesrepublik in

Höhe von 1,6 Mrd. Die chinesische Statistik weist für diesen Zeitraum eine Ausfuhr von 1,2 Mrd. US-\$ und ein Defizit der Volksrepublik von knapp 500 Mill. US-\$ aus. Diese Differenz läßt sich nicht allein mit den Verbringungskosten und zeitlicher Abgrenzung erklären⁷.

Die deutsche Statistik weist allerdings auch den indirekten Handel (über dritte Länder) nach, der bei den Exporten nach China bei einem Anteil von etwa 11 vH liegt, bei den Importen aus China jedoch bei 33 vH bis 42 vH. Das Gewicht der indirekten Einfuhr im China-Handel ist danach etwa zwei- bis dreimal so groß wie das der indirekten Gesamteinfuhr der Bundesrepublik Deutschland. Die Gründe für diese Handelsumwege sind sehr unterschiedlich, es sind traditionelle Lieferbeziehungen, Verträge mit Generalhandelshäusern oder die Umgehung von Einfuhrkontingenten. Oft ist es auch bequemer, bestimmte Mengen über Hongkong zu beziehen als direkt aus der Volksrepublik. Über Hongkong kommen deshalb rund zwei Drittel aller indirekten Einfuhren der Bundesrepublik aus China. Der Rest verteilte sich 1987 auf Großbritannien, die Schweiz und die Niederlande mit je rund 7 vH, Dänemark, die USA und die Benelux-Länder mit je etwa 1,5 vH sowie weitere kleinere Lieferländer⁸. Unter Einbeziehung dieser indirekten Importe ist die Bundesrepublik nach Hongkong, Japan und den USA der viertwichtigste Abnehmer chinesischer Exportgüter.

Der China-Handel der DDR

Ganz andere Probleme stellen sich für die Firmen der neuen Bundesländer, die im China-Geschäft tätig waren. Der Außenhandel der DDR war, wie der anderer sozialistischer Länder, von Beginn an von politischen Leitlinien beeinflußt und in seiner Entwicklung vor allem durch das staatliche Außenhandelsmonopol, die in den jeweiligen Außenwirtschaftsplänen formulierten Warenprotokolle mit dem bilateralen Clearing sowie die Schwerfälligkeit des Außenhandelsapparats bestimmt. Die DDR war als kleines, hochspezialisiertes Industrieland im Vergleich zu

⁴ 1. Halbjahr 1990 im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum. Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Reihe 3, 1. Halbjahr 1990.

⁵ Der Rückgang des deutschen Exports mit 9,2 vH im Vorjahresvergleich auf Dollarbasis liegt unter dem Gesamtrückgang des chinesischen Imports von 14,6 vH; die Differenz ist größer, als Transportkosten und verschobene Zeitbasis erklären können.

⁶ OECD, Statistics of Foreign Trade, Series A.

⁷ Die chinesische Zollstatistik klassifiziert nach Ursprungs- und Verbrauchsland. Dort, wo das Verbrauchsland nicht ermittelt werden kann, wird das letzte Land der Verbringung als Verbrauchsland (oder Gebiet, und das bedeutet in der Regel Hongkong) bestimmt.

⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Reihe 3.1, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen (Spezialhandel), Einfuhr nach Herstellungs- und Einkaufsländern und Warengruppen, 1987. Folgebände sind angekündigt, bisher aber nicht erschienen.

Außenhandel der DDR nach Ländern und Ländergruppen

	1985	1986	1987	1988	1989	Jan./Sept. 1989 1990		Veränderung 1990/1989
	in Mill. DM							in vH
Ausfuhr, insgesamt	45 692,5	42 960,8	41 693,9	40 152,0	41 104,9	30 665,3	28 095,1	—8,4
	Anteile in vH							
Staatshandelsländer	64,3	67,4	71,3	74,9	72,6	72,7	78,9	—0,6
dar.: Sowjetunion	39,2	38,9	40,5	41,4	40,3	39,8	45,4	4,5
China	0,8	1,0	1,2	1,5	1,5	1,5	0,9	—47,4
Westliche Industrieländer	20,6	19,3	16,0	15,7	16,8	16,1	14,1	—19,7
dar.: EG	9,5	8,4	7,4	7,8	8,5	8,6	7,7	—17,7
Entwicklungsländer	8,5	7,9	7,3	5,6	5,6	7,0	5,7	—25,4
Nicht zurechenbar	6,6	5,4	5,4	3,8	5,0	4,2	1,3	—71,3
	in Mill. DM							
Einfuhr, insgesamt	41 249,0	42 616,5	42 977,8	41 827,8	41 141,9	30 620,7	19 844,8	—35,2
	Anteile in vH							
Staatshandelsländer	67,2	69,3	68,9	68,3	67,2	65,4	68,2	—32,4
dar.: Sowjetunion	41,8	42,6	40,2	39,5	37,4	37,1	39,9	—30,3
China	0,7	1,3	1,1	1,4	1,4	1,3	2,0	—1,4
Westliche Industrieländer	17,3	17,7	20,1	21,8	22,5	22,3	23,9	—30,5
dar.: EG	6,8	8,0	8,2	9,7	10,4	9,4	10,7	—26,2
Entwicklungsländer	7,8	6,8	5,4	4,5	4,9	6,2	5,3	—44,1
Nicht zurechenbar	7,7	6,2	5,6	5,4	5,4	6,1	2,6	—72,7
	Ausfuhr- bzw. Einfuhrüberschuß (—) in Mill. DM							
Insgesamt	4 443,5	344,3	—1 283,9	—1 675,8	—37,0	44,6	8 250,3	
Staatshandelsländer	1 656,4	—547,1	114,2	1 510,1	2 171,9	2 268,3	8 622,5	
dar.: Sowjetunion	671,3	—1 442,8	—399,3	64,1	1 184,0	856,3	4 863,4	
China	92,4	—122,7	6,2	13,5	16,7	60,0	—153,6	
Westliche Industrieländer	2 278,0	738,2	—1 957,9	—2 827,8	—2 342,5	—1 897,5	—784,7	
dar.: EG	1 543,1	220,1	—419,1	—916,0	—765,3	—247,5	41,7	
Entwicklungsländer	666,9	516,3	733,6	395,2	283,4	279,3	559,8	
Nicht zurechenbar	—157,7	—363,1	—173,9	—773,3	—140,8	—605,5	—147,3	

Vom Statistischen Amt der DDR in D-Mark umgerechnet. Ohne innerdeutschen Warenverkehr; Warenhandel einschließlich Lohnveredelung. Abgrenzung nach dem Länderverzeichnis der Außenhandelsstatistik der Bundesrepublik Deutschland.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten, Heft 9/1990; Statistisches Amt der DDR, Außenhandel 1985 bis 1989, Zusammenfassende Übersichten; Berechnungen des DIW.

anderen sozialistischen Ländern stark außenhandelsorientiert.

Auf seiten der DDR gab es in den fünfziger Jahren eine starke Hilfsbereitschaft für das Entwicklungsland China, das nach langem Krieg und Bürgerkrieg einen hohen Anteil seiner — ohnehin geringen — Produktionskapazitäten verloren hatte und auf dieser Basis nun ebenfalls eine sozialistische Umgestaltung versuchte. Die DDR-Wirtschaft profitierte zunächst auch von einem Goodwill in China, der durch den Qualitätsbegriff „Made in Germany“ sowie die Tatsache geprägt war, daß Deutschland nach dem 1. Weltkrieg als erstes Land auf „ungleiche“ Verträge verzichtet hatte. Die Wirtschaft der DDR war jedoch zu schwach, um eine herausragende Rolle auf dem China-Markt zu übernehmen.

Nur in den fünfziger Jahren erzielte die DDR mit 6 vH einen wertmäßig gewichtigen Anteil am Außenhandelsumsatz Chinas. Schon zu Beginn der sechziger Jahre fiel dieser Anteil leicht und ging bis 1965 auf 1 vH zurück. Denn einmal wirkte sich die Verschlechterung des politischen Klimas zwischen China und der Sowjetunion auch auf die Beziehungen zur DDR aus, zum anderen richtete sich nach dem Scheitern des sogenannten „Großen Sprungs“ von 1958/1959 die Nachfrage Chinas — zunächst vor allem bei Getreide — verstärkt auf die westlichen Industrieländer. Doch auch mit der Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR in den achtziger Jahren konnte die DDR ihre frühere Stellung auf dem China-Markt nicht zurückgewinnen. Während die Einfuhr der DDR aus China von 1980 bis 1989 knapp verdoppelt

Ausfuhr der VR China in die DDR nach Warengruppen

Warengruppen	1984	1985	1986	1987	1988	1989	Jan./Sept. 1989	1990	Veränderung 1990/1989
	in Mill. US-\$ ²⁾								in vH
Ausfuhr, insgesamt	98,0	121,8	225,1	257,2	309,6	331,4	240,6	157,3	-34,6
	Anteile in vH								
Nahrungsmittel, lebende Tiere	20,2	16,0	19,4	15,0	9,6	12,2	10,6	4,0	-75,2
Getreide, Getreideerzeugnisse	6,0	2,4	9,9	3,2	5,1	4,0	2,5	1,0	-74,6
Gemüse und Obst, frisch u. Konserven	6,6	6,0	5,0	3,6	2,6	3,9	4,6	2,4	-66,6
Zucker, Süßwaren, Honig	1,1	1,1	0,8	0,8	0,6	0,5	0,7	—	—
Kaffee, Tee, Gewürze u.ä.	6,4	4,0	3,3	3,4	0,5	2,3	2,7	0,8	-81,8
Futtermittel	.	2,5	0,3	4,1	0,8	1,5	—	—	—
Getränke und Tabak	5,9	3,9	3,2	5,2	4,2	4,1	4,4	3,1	-53,8
Industrierohstoffe	11,8	17,7	10,4	9,4	12,1	9,2	10,6	5,1	-68,2
Ölsaaten, ölhaltige Früchte	0,4	0,7	1,6	0,5	1,4	0,5	0,6	0,1	-86,7
Textilfasern u. Textilabfälle	0,1	8,4	2,2	2,3	5,6	2,3	3,1	0,1	-98,7
Rohstoffe für Düngemittel	0,6	0,5	0,3	0,4	0,3	0,6	0,5	0,4	-36,4
Sonst. pflanzl. u. tierische Rohstoffe	7,7	5,3	5,3	6,2	4,5	5,0	5,4	4,3	-48,1
Tierische u. pflanzliche Öle und Fette	—	0,6	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	—	—
Chemische Erzeugnisse	6,9	6,2	7,3	7,0	5,7	6,4	6,9	2,4	-77,7
Organische chemische Produkte	2,0	1,6	3,4	2,7	2,4	2,4	2,6	0,6	-85,7
Anorganische chemische Produkte	1,3	1,2	0,5	0,7	0,6	1,0	1,0	0,1	-91,7
Medizinische u. pharmazeutische Produkte	0,1	—	0,0	.	0,2	0,0	—	0,7	—
Sonstige chemische Produkte	3,5	1,1	3,3	3,5	2,5	2,7	3,3	0,2	-96,2
Halbwaren u. Produkte d. Leichtindustrie	31,3	25,1	28,1	20,8	19,5	20,2	18,7	25,6	-10,5
Waren aus Gummi	2,7	5,7	4,8	3,7	0,8	1,2	1,2	1,5	-20,7
Textile Garne und Gewebe	26,2	16,7	19,6	13,5	15,4	16,2	14,6	19,3	-13,7
Nichtmetallische Mineralien	0,5	1,5	0,7	0,7	0,5	0,6	0,6	0,6	-28,6
Eisen und Stahl	—	—	.	—	0,0	0,1	0,1	0,1	-33,3
Sonstige Metallsachen	1,2	0,9	2,8	2,9	2,7	2,1	2,0	3,9	27,1
Maschinen und Fahrzeuge	1,0	2,5	3,1	4,5	4,2	5,1	5,6	5,8	-32,1
Industriemaschinen	0,2	—	—	0,0	0,5	0,9	1,0	0,2	-87,5
Werkzeugmaschinen	0,4	0,7	1,1	1,6	0,7	1,1	1,5	2,2	-5,5
Sonst. Maschinen u. Maschinenteile	—	—	0,0	0,3	0,1	0,6	0,7	1,3	23,5
Elektrische Maschinen und Geräte	0,3	0,4	0,3	0,5	0,5	0,8	0,5	0,6	-30,8
Straßenfahrzeuge	—	1,1	1,5	1,9	1,8	1,5	1,7	1,3	-50,0
Sonstige Fahrzeuge	—	—	0,0	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	-50,0
Fertigerzeugnisse	22,3	27,8	28,4	36,7	44,6	42,5	42,9	53,8	-18,0
Bekleidung, Wäsche u.ä.	20,6	26,4	25,5	33,7	41,8	39,6	40,4	50,5	-18,1
Schuhe	0,1	0,3	1,0	0,5	0,8	0,8	0,7	1,5	33,3
Meß-, Kontrollgeräte u. Apparate	0,9	0,8	1,4	1,0	1,2	1,0	0,8	0,6	-47,4
Photogr. u. optische Geräte, Uhren	.	.	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	—	—
Sonstige Fertigerzeugnisse	0,5	0,2	0,5	1,3	0,7	0,8	1,0	1,2	-20,8
Nicht aufgegliederte Erzeugnisse	—	0,1	0,1	1,2	0,1	0,2	0,3	0,1	-85,7

1) Gliederung nach SITC, Internationales Warenverzeichnis der UN, Rev.2. — 2) Umrechnung in US-Dollar nach dem amtlichen Kurs der chinesischen Volksbank. — . = Wert geringer als die kleinste Einheit; — = kein Wert vorhanden.

Quellen: China's Customs Statistics, Vierteljahreshefte, Beijing und Hongkong, 1983/1990, Tabelle 5; Berechnungen des DIW.

wurde, wuchs die Ausfuhr in diesem Zeitraum (von einem sehr viel höheren Niveau aus) um gut 30 vH. Insgesamt blieb diese Entwicklung aber hinter der Expansion des chinesischen Gesamthandels zurück; der Anteil der DDR

am chinesischen Außenhandelsumsatz fiel von 1,1 vH (1980) auf 0,6 vH im Jahr 1989 zurück. In den letzten Jahren erzielte die DDR in der Regel einen geringfügigen Ausfuhrüberschuß.

Zur Größenordnung des Handels

Im Verhältnis zum Gesamthandel der DDR⁹ lag der Außenhandelsumsatz mit der VR China (1990: rund 1,2 vH) über dem der Bundesrepublik Deutschland (knapp 1 vH), wertmäßig erreichte der DDR-Handel mit China (1990: 762 Mill. DM) jedoch nur rund 6,6 vH des bundesdeutschen China-Handels. Auch im Vergleich zu den Partnern der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft hatte der Handel der DDR mit China eine relativ geringe Bedeutung. Hinter der den Handelstausch des RGW mit China dominierenden Sowjetunion (1989: 46 vH) folgten die CSSR (11 vH), Rumänien (9 vH) und Polen (9 vH) noch vor der DDR mit knapp 8 vH und Kuba (5,5 vH). Ursache hierfür dürften nicht nur die langfristige Konzentration der Liefer- und Kooperationsbeziehungen innerhalb des RGW gewesen sein, sondern auch die (im Vergleich zum RGW) stärkere West-Orientierung der DDR mit ihrem über den innerdeutschen Handel erleichterten Zugang zum EG-Markt.

Zur Warenstruktur des Handels

Dieser West-Handel der DDR war stark durch interindustrielle Arbeitsteilung geprägt, bei der die DDR hauptsächlich Konsumgüter sowie Grundstoffe und Produktionsgüter gegen Investitionsgüter tauschte. Das entgegengesetzte Spezialisierungsmuster zeigt der Handel der DDR mit China¹⁰, hier wurden zuletzt vor allem Konsumgüter und verarbeitete landwirtschaftliche Produkte aus China gegen Produktions- und Investitionsgüter aus der DDR getauscht. Kennzeichnend sind die im Vergleich zu den DDR-Exporten viel breitere Gütervielfalt der chinesischen Lieferungen und die rasche Veränderung der Lieferstruktur von den Rohstoffen hin zu den Fertigprodukten. Während sich die Ausfuhr Chinas bei Nahrungsmitteln und Halbwaren von 1984 bis 1989 verdoppelte und die von chemischen Erzeugnissen sowie (verarbeiteten) Industrierohstoffen verdreifachte, wurden die Exporte von Fertigerzeugnissen auf das Sechsfache, die Ausfuhr von Maschinen und Fahrzeugen (von allerdings niedrigem Niveau) noch stärker gesteigert.

Im Jahr 1989 lieferte China vor allem Produkte seiner hochentwickelten Textilindustrie, darunter Bekleidung und Wäsche (gut 40 vH), Garne und Gewebe (16 vH), Textilfasern (2 vH) sowie sonstige pflanzliche Rohstoffe (5 vH); insgesamt sind dies über 60 vH der Gesamtexporte Chinas in die DDR. An weiteren landwirtschaftlichen Produkten wurden von China vor allem Reis (4 vH), Gemüse- und Obstkonserven sowie Fruchtsäfte (4 vH), Tee und Gewürze (2 vH) sowie Getränke und Tabak (4 vH) ausgeführt. Von Gewicht waren ferner chemische Erzeugnisse (6 vH), Maschinen und Fahrzeuge (5 vH), nennenswert auch Werkzeugmaschinen, Gummiwaren, Schuhe, Meßgeräte und Uhren.

Im Unterschied zu der Vielfalt des chinesischen Exportgütersortiments wurden die Lieferungen der DDR nach China von ganz wenigen Produktgruppen dominiert. Viele

davon haben ihren Anteil nur wenig verändert, dies betrifft vor allem Halbwaren, darunter Eisen und Stahl (12 vH), sowie chemische Erzeugnisse, hier hauptsächlich (Kali-) Düngemittel (10 vH). Fertigerzeugnisse (1,2 vH im Jahre 1989) spielten eine immer geringere Rolle; hier waren nur Meß- und Kontrollgeräte (1,1 vH) von einiger Bedeutung.

Dagegen konnte der Anteil von Maschinen und Fahrzeugen (1989 gut 70 vH) stark gesteigert werden. Der DDR-Waggonbau hatte in den fünfziger Jahren erste Ausrüstungen (Schlaf- u. Speisewagen, Kühl- und andere Spezialfahrzeuge) für die chinesischen Eisenbahnen geliefert. In den achtziger Jahren wurden in einem Gemeinschaftsprojekt rund 1000 Kühlwagen geliefert bzw. in Lizenz in China gebaut; diese Ausfuhren erreichten in den letzten Jahren Exportanteile von rund 30 vH. Daneben wurden IFA-Lkw und andere Spezialfahrzeuge in einem Umfang von 10 bis 43 vH der Gesamtausfuhren der DDR geliefert; der Fahrzeugbau errang damit ein dominierendes Gewicht.

Die zweite große Exportgütergruppe waren Industrie- und Werkzeugmaschinen. Die DDR hatte im Maschinenbau ihre Stellung unter den zehn führenden Herstellerländern halten können und bis zu 90 vH der Produktion exportiert¹¹; fast jede dritte Valuta-Mark wurde im Exportgeschäft dieser Branche Erlöst. Der Export ging jedoch überwiegend in den RGW, vor allem in die Sowjetunion, und die Produktionsstruktur wurde weitgehend auf diesen Markt ausgerichtet.

China hat seine Maschinenimporte aus der DDR nach eigenen Angaben von 1984 bis 1989 nominal von 17,3 Mill. US-\$ (1984) auf knapp 89 Mill. US-\$ gesteigert. Es hat vor allem Werkzeugmaschinen (häufig mit Steuerungen von westlichen Herstellern), Textil- und Druckmaschinen, Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie, Baumaschinen sowie Mähdrescher, bzw. Teile davon zu ei-

⁹ Die DDR hatte über ihren Außenhandel immer unvollständig berichtet. Seit Beginn der sechziger Jahre wurde der Handel in Valuta-Mark (VM) ausgewiesen, einer statistischen Recheneinheit ohne amtlichen Bezug zur Binnenwährung, mit gelegentlichen Änderungen des Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar, während der Kurs zum Rubel zunächst konstant gehalten wurde. Eine vollständige Länderstruktur wurde nur für die Handelsumsätze nachgewiesen, bilaterale Warenstrukturen für wichtige Handelspartner fehlten; so auch für China. Das Statistische Amt der DDR — Außenstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes — hat eine Umrechnung und Neubewertung des DDR-Außenhandels vorgenommen, die jedoch „mit den Vorbehalten zu versehen (ist), die sich aus dem Zusammenfügen von Daten ergeben, die aus der Zeit stammen, in der die beiden deutschen Staaten unterschiedlichen Wirtschaftssystemen angehörten.“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten, Heft 9/1990, S. 4 ff.; sowie Vorabinformation des Statistischen Bundesamtes über 12 Monate 1990.

¹⁰ Da es von Seiten der DDR keine Informationen über die bilaterale Warenstruktur gegeben hat, wird der Handel hier nach der chinesischen Außenhandelsstatistik analysiert.

¹¹ Vgl. Werkzeugmaschinenbau in der DDR — Zukunftschancen durch Kooperation. In: Wirtschaftsbericht der Berliner Bank, Nr. 1/1990, S. 11 ff.

Einfuhr der VR China aus der DDR nach Warengruppen

Warengruppen	1984	1985	1986	1987	1988	1989	Jan./Sept. 1989	1990	Veränderung 1990/1989
	in Mill US-\$ ²⁾								in vH
Einfuhr, insgesamt	147,7	281,2	286,8	292,2	388,0	339,3	203,1	203,4	0,1
	Anteile in vH								
Nahrungsmittel, lebende Tiere und Getränke und Tabak	—	—	—	0,1	—	—	—	—	—
Industrierohstoffe und mineralische Brennstoffe, technische Öle und tierische u. pflanzliche Öle und Fette	2,8	0,5	0,7	0,5	—	0,1	0,2	—	—
Chemische Erzeugnisse	29,2	18,3	5,1	12,3	16,9	13,4	17,4	24,3	40,2
Organische chemische Produkte	—	0,4	0,6	0,1	0,1	0,3	0,3	0,3	16,7
Anorganische chemische Produkte	1,5	3,2	1,3	0,9	1,5	1,3	1,6	0,6	—59,4
Farbstoffe, Lacke	—	—	—	—	0,0	—	—	—	—
Medizinische u. pharmazeutische Produkte	—	—	0,0	—	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0
Chemische Dünger	24,8	14,9	2,8	10,0	14,1	10,2	13,8	22,0	60,0
Kunststoffe, Zellulose	2,8	0,0	0,3	1,3	1,1	1,6	1,6	1,2	—25,0
Sonstige chemische Produkte	—	—	0,1	—	—	—	—	—	—
Halbwaren	26,5	36,9	24,8	10,6	7,6	14,5	17,4	4,7	—72,8
Papier- u. Pappwaren	—	—	—	—	0,1	—	—	—	—
Textile Garne und Gewebe	—	0,0	0,5	0,0	—	—	—	0,7	—
Nichtmetallische Mineralien	0,1	0,0	0,2	0,2	0,0	—	0,0	—	—
Eisen und Stahl	22,5	32,1	21,2	7,3	4,5	11,8	14,9	3,2	—78,2
Nichteisen Metalle	2,4	2,5	—	—	—	0,1	0,2	—	—
Sonstige Halbwaren	1,4	2,4	3,2	3,1	3,0	2,5	2,2	0,8	—64,4
Maschinen und Fahrzeuge	35,8	40,9	67,1	74,2	74,6	70,7	63,8	69,4	8,9
Kraftmaschinen	0,1	0,6	1,7	1,6	0,5	0,3	0,5	0,2	—63,6
Industriemaschinen	10,6	9,9	8,4	13,9	14,3	16,0	19,6	13,1	—33,3
Werkzeugmaschinen	0,6	1,5	6,3	5,1	5,3	7,8	9,4	7,7	—17,8
Sonstige Maschinen u. Maschinenteile	0,3	0,1	3,2	3,3	1,8	2,1	2,0	3,4	72,5
Büromaschinen u. EDV-Anlagen	1,4	0,7	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	—	—
Geräte f. Funk, Telefon u.ä.	—	0,1	0,3	—	0,0	—	—	—	—
Elektrische Maschinen und Geräte	0,6	1,1	4,3	8,1	4,6	5,5	7,1	4,0	—43,7
Straßenfahrzeuge	15,8	23,0	42,9	32,6	14,7	9,7	7,3	10,0	36,2
Sonstige Transportfahrzeuge	6,3	4,0	0,8	9,7	33,1	29,4	17,7	31,0	75,5
Fertigerzeugnisse	5,3	3,7	6,8	1,6	0,9	1,2	1,1	1,5	34,8
Meß-, Kontrollgeräte u. Apparate	4,1	2,6	4,8	1,3	0,8	1,1	1,0	1,3	35,0
Photografische u. optische Geräte, Uhren	0,7	1,0	1,8	0,2	0,0	0,0	0,0	—	—
Sonstige Fertigerzeugnisse	0,3	0,1	0,2	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	50,0
Nicht aufgegliederte Erzeugnisse	—	0,0	0,0	0,0	0,0	—	—	—	—

1) Gliederung nach SITC, Internationales Warenverzeichnis der UN, Rev.2. — 2) Umrechnung in US-Dollar nach dem amtlichen Kurs der chinesischen Volksbank. — . = Wert geringer als die kleinste Einheit; — = kein Wert vorhanden.

Quellen: China's Customs Statistics, Vierteljahreshefte, Beijing und Hongkong, 1983/1990, Tabelle 5; Berechnungen des DIW.

gener Fertigung in Kooperation, eingeführt; der Anteil der DDR an den gesamten Maschineneinfuhren Chinas betrug 1989 1,4 vH. Trotz der hochgradigen Spezialisierung und der Konzentration auf diesen Industriezweig erreichten die Maschinenausfuhren der DDR nur einen Anteil von 26 vH (1989) an den Gesamtausfuhren nach China; dieser war damit deutlich niedriger als bei der Bundesrepublik Deutschland.

Perspektiven für die neuen Bundesländer

Der Beitritt der DDR zum Währungsgebiet der D-Mark und das Ende des Clearing-Systems im RGW bedeuten Liberalisierung bei gleichzeitiger Aufwertung der Landeswährung. Unter den Vorzeichen der Fakturierung in konvertierbarer Währung und des Wegfalls von Exportsubventionen ist der Einbruch der Exporte ostdeutscher Un-

ternehmen in die ehemaligen Partnerländer der DDR unvermeidbar; 1990 ging die Ausfuhr nach China gegenüber dem Vorjahr um knapp 45 vH zurück, die Einfuhr von dort um über 28 vH. Welche zukünftigen Handelsstrukturen sich aus dem in Gang gesetzten Modernisierungsprozeß der ostdeutschen Wirtschaft und dem erheblichen sektoralen Strukturwandel in der Industrie ergeben werden, läßt sich heute noch nicht abschätzen¹². Die Volksrepublik China, die in den vergangenen Jahren schon mehr als 90 vH ihres Außenhandels in konvertibler Währung abgewickelt hat, dürfte von allen Staatshandelsländern am wenigsten von diesem Prozeß und den damit zusammenhängenden Währungsproblemen berührt werden. Obwohl es der Volksrepublik deshalb nicht schwer fallen dürfte, an alte Geschäftsbeziehungen im Osten Deutschlands anzuknüpfen, wird die künftige Entwicklung des Handels stark davon abhängen, welche Angebots- und Nachfragestrukturen sich dort herausbilden werden.

Ausblick

Die chinesischen Behörden haben erklärt, daß die Reform- und Öffnungspolitik in der Wirtschaft beibehalten werden soll. Hierzu gehören auch die Aufrechterhaltung der Sonderrechte für Kooperationen und ausländisches Kapital sowie der besondere Status der geöffneten Städte und der verschiedenen Sonderwirtschaftszonen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen, darunter die Novellierung des Joint-Venture-Gesetzes und des Patent-Gesetzes, wurden verbessert; der Erlaß eines Urheberrechtsgesetzes sowie größere Befugnisse für ausländi-

sche Banken sind vorgesehen. Die Fortführung der Reformpolitik, darunter eine Preisreform für Konsumgüter, ist angekündigt.

Der Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft und der Ostasiatische Verein haben im vergangenen Sommer in einer gemeinsamen Delegation nach China den Inhalt der chinesischen Wirtschaftspolitik und die Ziele der mittelfristigen Planungen zu erkunden versucht. Die Delegation hat sich bei dieser Gelegenheit auch zum Fürsprecher der in China engagierten Firmen aus Ostdeutschland gemacht.

Die Hermes-Deckung für Exportgeschäfte, aus politischen Gründen vorübergehend ausgesetzt, wird seit Oktober 1990 schrittweise wieder angewandt¹³. Eine Finanzhilfe in Höhe von 200 Mill. DM wurde kürzlich rückwirkend für das Jahr 1990 bewilligt, und die technische Hilfe wurde wieder voll aufgenommen. Damit sind die außenwirtschaftspolitischen Voraussetzungen für eine Wiederbelebung der deutschen Exporte nach China gut. Davon würden auch die ostdeutschen Betriebe profitieren. Das zentrale Hemmnis geht von der chinesischen Austeritätspolitik aus. Es bleibt abzuwarten, wie rasch die politische Führung die gegenwärtige Stagnation überwinden kann und China zu einem neuen Wachstumspfad zurückfindet.

¹² Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1991. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW 1-3/1991; hier besonders S. 20.

¹³ Der Ostausschuß läßt gegenwärtig in einer Fragebogenaktion die Erfahrungen mit der Hermes-Kredit-Versicherung im China-Geschäft erkunden.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 99 Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.7.1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur. Von Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener. 239 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 100 Simulation gesamtwirtschaftlicher Perspektiven mit einem ökonomischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland. Von Jürgen Blazejczak. 418 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 101 Entwicklungshilfe, Ausfuhr und Beschäftigung — Eine empirische Untersuchung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland. Von Dieter Schumacher. 178 S. 1988. DM 59,60.
- Heft 102 SO₂- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982. Von Jochen Bethkenhagen, Rainer Hopf, Manfred Melzer, Cord Schwartau und Doris Cornelsen (Projektleitung). 530 S. 1988. DM 112,—.
- Heft 103 Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1987. 312 S. 1988. DM 82,—.
- Heft 104 Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland. Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.
- Heft 105 Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland. Von Kurt Geppert und Bernd Görzig. 212 S. 1988. DM 68,—.
- Heft 106 Berufsstart in Berlin. Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 250 S. 1988. DM 76,—.
- Heft 107 Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor. Von Frank Stille, Renate Filip-Köhn, Heiner Flassbeck, Bernd Görzig, Erika Schulz und Reiner Stäglin. 235 S. 1988. DM 74,—.
- Heft 108 Investitionen, Beschäftigung und Produktivität. Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen. Von Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn, Wolfgang Kirner, Erika Schulz und Frank Stille. 265 S. 1988. DM 78,—.
- Heft 109 Zukünftiger Finanzbedarf für die Verkehrswege in Städten und Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung von Ersatzinvestitionen. Von Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld und Uwe Kunert. 193 S. 1988. DM 66,—.
- Heft 110 Die Einkommensverteilungseffekte der Staatsverschuldung in einer unterbeschäftigten Wirtschaft — Analyse anhand eines ökonomischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Rudolf Zwiener. 176 S. 1989. DM 62,—.
- Heft 111 Die Besteuerung der Unternehmensgewinne — Sieben Industrieländer im Vergleich. Von Bernhard Seidel, Fritz Franzmeyer, Joachim Volz und Dieter Teichmann. 265 S. 1989. DM 86,—.
- Heft 112 Ost-West-Kooperation — Bestandsaufnahme und Ergebnisse einer Umfrage. Von Horst Lambrecht, Jochen Bethkenhagen, Karl Betz, Heinrich Machowski und Doris Cornelsen (Projektleitung). 148 S. 1990. DM 52,—.
- Heft 113 Die Energiewirtschaft in den kleineren Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe — Entwicklungstendenzen in den achtziger Jahren. Von Jochen Bethkenhagen. 257 S. 1990. DM 84,—.
- Heft 114 Wirkungsanalyse der Novellierung der Herstellerpräferenz (§§ 1 ff Berlin FG) von 1982. Von Alexander Eickelpasch und Peter Ring. 218 S. 1990. DM 72,—.
- Heft 115 Wirkungsanalyse der Forschungspersonal-Zuwachsförderung — In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Systemtechnik (ISI). Von Kurt Hornschild (Projektleiter), Frieder Meyer-Krahmer (DIW), Gerhard Becher, Gisela Gielow, Uwe Kuntze (ISI). 224 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 116 Ein dynamisches Input-Output-Modell zur Abschätzung der Auswirkungen ausgewählter neuer Technologien auf die Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland. Von Dietmar Edler. 233 S. 1990. DM 76,—.
- Heft 117 Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin. Von Uwe Müller. 338 S. 1990. DM 94,—.
- Heft 118 Marktabstottungspolitiken wichtiger Schwellenländer und wirtschaftliche Entwicklung. — Empirische Untersuchungen am Beispiel der Elektronikindustrie und des Kraftfahrzeugbaus in Brasilien, Indien und Korea. Von Dieter Schumacher und Herbert Wilkens. 210 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 119 Berechnung der Kosten und der Ausgaben für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1987. Von Heinz Enderlein und Uwe Kunert. 106 S. 1990. DM 48,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer + 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Zur Wirtschaftslage: Überwindung der weltwirtschaftlichen Abschwächung in Sicht. Bearbeitet von Bernhard Seidel, Manfred Teschner, Joachim Volz.

Bundesrepublik Deutschland: Wirtschaftspolitik vor schwierigen Entscheidungen. Bearbeitet von Heiner Flassbeck.

Geldpolitik 1991: Erstmals auf ein gesamtdeutsches Geldmengenziel ausgerichtet. Bearbeitet von Reinhard Pohl.

Deutschlands Handel mit China: Dynamik nur bei den Importen. Bearbeitet von Ernst Hagemann. —

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten